

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Er erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Cimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 30 $\frac{1}{2}$,
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Verammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Würzburg. (Telegramm.) Differenzen ausgebrochen bei Gebr. Billigheimer. Die Bildhauer befinden sich im Ausstände. Die Schreiner werden folgen. Dürfer.

Zugung ist fern zu halten von:
Drehlern nach Birndorf (Dampfbreherei von W. Hörndlein), Dortmund (Firma Feuerbaum), Höchst am Main (Firma Schäfer), Christiania (Norwegen);
Bau- und Möbelschneidern nach Bielefeld, Dortmund (Born & Hoening);
Tischlern nach Altona-Dittensen (Marcus & Frank), Wiesbaden, Niesky bei Görlitz (Wendt, Inhaber Weig), S. Hebe, Wilsen a. d. Rube (Tischlermeister Havens, Planenstr. 2), Lützen, Arnstadt i. Th., Bayreuth, Wilsdruff, Bern (Schweiz);
Tischlern und Stuhlbauern nach Burg bei Magdeburg;
Maschinenarbeitern, Rahmenreinigern und Politurarbeitern nach Pasing (Gersdorf & Brandenburg), Frankfurt a. d. O. (Jugo Schüler);
Modellschneidern nach Hamburg (Firma Doose), Dittensen (Firmen Klein und Pöf & Miffel);
Parkettbodenschneidern nach Dresden (Firmen Louis Heine und A. Neumann);
Kleinarbeitern nach W. Barmen (G. Wilt. Bühl);
Stocharbeitern nach Berlin (Gebrüder Noa);
Büchsenmachern nach Mülheim an der Ruhr (Firma J. Mühlendruck);
Korbmachern nach Gröpelingen bei Bremen, Leipzig (Mathesius & Co., Sidonienstr. 61), D. Slesshausen (G. Barre).

Soziologie und Verbrechertum.

Lange genug wiegten sich in unserem Zeitalter aller Objektivität fern stehende Optimisten in dem seligen Traum, daß wir den Kulminationspunkt moderner Kultur und Gesittung erreicht haben. Die formvollendeten Meisterwerke bildender Kunst und die blühenden Resultate eines unentwegten Forschergeistes, sie alle bildeten die unabwieslichen Argumente für jene Annahme. Der sich dicht daneben entwickelnde Gegensatz mit den abstoßenden Bildern, in ihrer widerlichen Mannigfaltigkeit, blieb für die maßgebenden Kreise in tiefes Schweigen gehüllt, und man betäubte sich an den Sirenenklängen moderner Harmonieapostel, so lange der im Innern des gesellschaftlichen Körpers vor sich gehende Zerfallsprozeß nicht mit gebietender Macht würdige Beachtung forderte. Allein die Triebkräfte, die das System der modernen Wirtschaftsordnung bis in die geheimsten Fasern des sozialen Lebens verpflanzten, führten mit untrüglicher Konsequenz jene seltsamen Blasen an die Oberfläche, so daß der sich daraus entwickelnde Pesthauch für die Dauer Niemandem entgehen konnte. Wie der Fluch einer bösen That lastet eben die einseitige und verkehrte Ausnützung der technischen Hilfsmittel auf allen Institutionen der modernen Gesellschaft. Die mit rasender Schnelligkeit vor sich gehende Konzentration des Nationalreichtums unterwühlt notwendig die Existenzmöglichkeit der breiten Volksschichten von Tag zu Tag und wirkt Laufende dem grinsenden Elend in die Arme. Damit war nun jener verhängnisvolle Zustand eröffnet, der den unter den unmittelbaren Einrichtungen dieses unfeligen Zeitalters Leidenden vor die unausweichliche Alternative stellt: sein Dasein durch Anklamern an unerlaubte Handlungsweisen zu erhalten, oder aber unfreiwillige Aufgaben der Sonderexistenz vorzuziehen. Der Trieb der Selbsterhaltung aber ist mächtig, und der vom Schicksal Verfolgte hält sich in der Regel an das erstere. Und so sehen wir auch, daß die für das deutsche Reich geltenden Zahlen der Kriminalstatistik eine brutale und verzerrte Sprache reden. Nach den jüngsten vom reichsstatistischen Amte veröffentlichten

Zusammenstellungen ist in den letzten zehn Jahren die Zahl der rechtskräftig verurteilten Personen fortgesetzt aufsteigend, von 403 595 im Jahre 1882 auf 524 598 im Jahre 1892, also um 30 pSt. angewachsen; für die Jahre 1893 und 1894 ist eine weitere Zunahme festgestellt. Allein in den letzten drei Jahren ist die Zahl der verurteilten Personen um beinahe 60 000 gestiegen! Ein Blick auf solche und ähnliche Thatsachen sagt uns, daß es bedenkliche Wahrzeichen sind, für die dem Verenden naheende Gestattung der Gegenwart.

Es ist ein psychologisches Räthsel, das den Menschen mit unüberwindlicher Gewalt an die Dürftigkeit eines jämmerlichen Daseins bindet, das ihn veranlaßt, jede That für Erhaltung seiner Existenz zu wagen, statt das nach Schopenhauer wonnige Nichtsein vorzuziehen. Haben wir nun thatsächlich mit einem Zunehmen jener Handlungen zu rechnen, die durch Moral- und Rechtsauffassung für verwerflich erklärt sind, so liegt deren Entstehungsursache klar. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit wächst die Zahl jener dunklen Existenzen, aus denen sich der sogenannte Abzug der bürgerlichen Gesellschaft rekrutiert. Mit steigender Angst hat man in den offiziellen Kreisen — spät genug — jenen fürchterlichen Morast wahrgenommen, in dem die ganze Gesellschaft wadet, und in toller Hast suchte man das Unheil vom eigenen Leibe fern zu halten. Wälle von Strafgesetzen und Polizeiverordnungen werden aufgeführt, um die immer tiefer greifenden Wurzeln auszurotten. Darunter sind nun freilich sehr oft Dinge, die der berühmten Kur Doktor Eisenbart's gleichen. Allein als Rettungsmittel, an die sich eine untergehende Klasse mit der jedem Ertrinkenden eigenen Verzweiflung klammert, entsprechen sie ganz der eigenthümlichen Situation.

Wenn wir uns nun mit dem Laster des Verbrechens in seiner mannigfaltigen Erscheinungsform befassen, so dürfen wir uns keineswegs von den einseitigen Gesichtspunkten unserer modernen Juristen und Staatsweisen leiten lassen. Mit dem Moment, als der menschliche Geist mit der Jahrhunderte alten Anschauung, wonach es eine absolute individuelle Freiheit gebe, brach, und zu den kühnen Behauptungen Spinoza's neigte, verdient neben allen Handlungen noch die verbrecherische That von einem tief einschneidenden Gesichtspunkte aus ventiliert zu werden. Man muß, um den aus dem Born der Vernunft geschöpften Schluß zu ermöglichen, den Grund allen Wollens bis zur geheimsten Faser seiner möglichen Entstehung juristisch verfolgen, und mit der Sonde freier Forschung die ganze psychische Persönlichkeit des Menschen untersuchen. Diese Blosslegung aller, jeder entarteten Wirkung vorausgegangenen Ursachen muß für den beobachtenden Psychologen umso mehr mannigfaltige Beweise für die empfängliche, allen Einflüssen unterworfenen individuelle Persönlichkeit des Menschen liefern, wo die sozialen Verhältnisse verknüpft und in mannigfacher Wechselwirkung zur menschlichen Persönlichkeit stehen. Dort, wo Laufende mit dem Aufgebote ihrer ganzen Kraft um's kärgliche Dasein ringen, wo der bewegte Strom des Lebens täglich vernichtete Existenzen in seinen trüben Fluthen begräbt, muß mit eherner Nothwendigkeit das Verbrechen immer kühner sein Haupt erheben. Aber wenn ein armer Teufel, von der Gewalt des Hungers getrieben, ein Stücklein Brot stiehlt, wenn ein an der Menschheit Verzweifelter einen Gewaltstreich begeht, weil er in der Umnachtung seines Verstandes damit jene Gesellschaft, die ihn als Paria behandelte, zu treffen vermeint, wenn das Mädchen, das verführt, verlassen und dem Elende überantwortet, ihr Kind, um es den Qualen einer liebelosen Welt zu entreißen, tödtet, wer vermag nicht die Unthaten der Bedauernswerthen mit der würdigen Mühe zu entschuldigen?

Sie Alle handelten doch zweifellos mehr oder minder unter dem Zwange einer Nothwendigkeit, als Sklaven sozialer Zustände.

Die Anthropologie mag in ihrer Schulweisheit recht schön von dem angeborenen Gang zum Verbrechen philosophiren. Ihre Anschauung, nach der der Verbrecher völlig unabhängig vom sozialen Milieu, lediglich aus einer Mißbildung der physischen Organisation resultirt, ist ein durch die Soziologie längst überwundener Standpunkt. Von der Thatsache ausgehend, daß die abnorme Konstitution mannigfach bei Menschen vorhanden, die nie in ihrem Leben mit Polizei und Strafgericht in Konflikt geriethen — hat nur diese letztere Wissenschaft als wirkliche Anatomie der Gesellschaft — die mannigfaltige Wechselwirkung gezeigt, in welcher Verbrechen und Sozialzustand zu einander stehen. Sie zeigt uns, wie mit der zu rechnenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse das Laster Hand in Hand geht. Die immer seltener werdende Möglichkeit eines ehrlichen Erwerbes, hat die breite Grundlage zur moralischen Entartung geschaffen. Man mag daher in gerechter Entrüstung über die Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftsform zu Gericht sitzen, den Einfluß der täglichen Lebensbedingungen auf den Charakter der Menschen vermag man nicht zu leugnen. So wie der Dieb aus Hunger unter dem zwingenden Einflusse des Selbsterhaltungstriebes handelte, so wirkte nicht minder der, der aus gekränktem Ehrgeize seinen Nächsten niederschlug, unter den heftigen Reueerregungen einer durch besondere Umstände krankhaft entwickelten Individualität. Allerdings gestattet man sich in der Beurtheilung Unterschiede; denn während nur Wenige an dem Vorhandensein der „Kleptomane“, dieser Krankheit vornehmer Leute, zweifeln werden, wird man nicht gerne bei dem gewöhnlichen Brotdiebe ein zwingendes Motiv walten lassen.

Die Kriminalsoziologie zeigt uns den Menschen als Produkt des ihn umgebenden wirtschaftlichen Zustandes; sie zeigt uns Thatsachen, über die man nicht schweigend hinwegzukommen vermag, und die bedenklichen Wahrzeichen für den Kulturzustand der Gesellschaft bilden. Jene steigende Erbitterung, mit der der Kampf um's Dasein geführt wird, hat die klare Vernunft erstickt und die häßlichsten Eigenschaften des Einzelnen als Leitmotiv aller Handlungen in den Vordergrund gedrängt. Alle Fasern des gesellschaftlichen Lebens zittern unter der nervösen Erregung, die das industrielle und geschäftliche Leben beherrscht. Dieser Zustand muß lähmend auf die berechnende Vernunft wirken. Umgeben von den mannigfaltigsten Wirkungen wird der Mensch in allen seinen Handlungen, von der ernstesten bis zur unbedeutendsten, bestimmt durch innere oder äußere, sichtbare oder unsichtbare Ursachen, die ihn umschließen mit einem unentwirrbaren Netze.

Von solchen Gesichtspunkten aus werden uns freilich auch jene Manipulationen, mit denen der Staat diesen Erscheinungen gegenüber tritt, nicht als zweckdienliche Mittel erscheinen. Die Berufung auf die unantastbare Autorität der Gewalt muß nicht nur mitunter das gerade Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung erzielen, sondern erscheint auch angesichts der modernen wissenschaftlichen Erkenntnis eines zivilisirten Staates unwürdig. In der wahren Erkenntnis des menschlichen Wesens ruht die Vorbedingung zur richtigen Beurtheilung seines Thuns und Lassens, und diese erlangt man nicht, wenn man das Individuum loslöst von den ineinander greifenden Fäden der Gesellschaft, sondern man muß den Mechanismus der letzteren in seinen komplizierten Wirkungen auf die Fähigkeiten studiren und begreifen. Treffend sagt daher Georg Renard: „Legt erstlich in die Seele des Staatsmannes

dem Gedanken, daß man, um ein soziales Uebel zu heilen, die Art an die Wurzel anlegen muß, dann erinnert er sich vielleicht auch daran, daß sein Amt nicht allein darin besteht, den Patienten zu bejammern, ihm das laute Schreien zu verbieten und ihm von Zeit zu Zeit einen Schröpfkopf als Beruhigungsmittel zu setzen. Die Quintessenz aller dagegen anzuwendenden Heilmittel wird auch hier die Reformtrung der Gesellschaft vom Grunde aus sein. Im Sumpfe eines ökonomischen Anarchismus ersticht der entwicklungsfähige Menschengestalt, oder zum Mindesten der Ausdruck einer verschobenen Kultur. Der Geist eines krankhaften Lasters wird und kann nur fallen, wenn als Träger des Ganzen das kapitalistische System fällt.

Volkssbildung und Volkswohlfahrt.
Von Bruis.

I.

Während die Bildung der großen Masse des Volkes in allen Kulturländern von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stätlich wächst, eine Erscheinung, die von jedem wohlmeinenden und wohlbedenkenden Menschen mit Befriedigung beobachtet wird, finden wir auf der anderen Seite eine einflussreiche Minderheit, die die steigende Volksbildung mit Unbehagen betrachtet und in ihr eine Gefahr für die Gesellschaft erblickt. Abgesehen von den bildungsfeindlichen Prozen, die da nach dem Grundsätze, „die hämstesten Schafe lassen sich am willigsten scheeren“, die Befürchtung hegen, ein aufgestärktes Volk werde das Joch der Ausbeutung und Bevormundung baldigst abwerfen, giebt es noch Leute, die gewissermaßen aus ehrlicher Ueberzeugung Gegner einer hohen Volksbildung sind. Die Gründe dieser Leute sind doppelter Art und beruhen entweder darauf, daß die steigende Bildung die soziale Gliederung der Gesellschaft gefährde oder daß sie die Leistungsfähigkeit derselben vermindere.

Man behauptet von Seiten dieser Bildungsgegner, die ganze Gesellschaft werde in Trümmer fallen, sobald die Armen ebenso gebildet seien wie die Reichen, und ferner mache eine ordentliche Bildung die Armen mit ihrem Loos unzufrieden, indem sie in ihnen Wünsche und Hoffnungen erwecke, die in den allermeisten Fällen in bitterster Enttäuschung enden müßten; es müsse Leute von geringer Bildung geben, damit diese die unangenehmen und schmutzigen Arbeiten verrichteten, zu denen sich sonst Niemand hergeben wolle; wären alle Menschen hochgebildet, so wolle Jedermann Herr und Dame spielen und womöglich garnicht mehr arbeiten. Diese Gründe sind durchaus nicht stichhaltig und lassen sich leicht widerlegen.

Was zunächst den durch die steigende Volksbildung zu erwartenden Zusammenbruch der Gesellschaft angeht, so ließe sich darüber streiten, welchen Werth und welche Erstrebensberechtigung überhaupt eine auf der Dummheit der großen Masse basirende Gesellschaft habe, andererseits ist es unbestreitbar, daß ein in seiner Gesamtheit gebildetes Volk eine rüstigere Gesellschaftsform nicht einfach zerbrechen und in Trümmer schlagen, sondern sie umgestalten und den Gesetzen der Biologie entsprechend ausbauen wird. Ein gebildetes Volk, das seine Geschichte kennt und die gesellschaftlichen Kriebskräfte zu beobachten gelernt hat, wird nicht in einer gewaltsamen, überstürzten Umwälzung sein Heil erblicken, es wird vielmehr in seinen Reformen an die Vergangenheit anknüpfen und die alten Einrichtungen den neuen Bedürfnissen anpassen; es wird, mit einem Worte, nicht Revolution, sondern Evolution treiben. Dagegen müssen wir den Gegnern Recht geben, wenn sie behaupten, eine gesteigerte Bildung mache die große Masse mit ihrem Loos unzufrieden und erwecke in ihr einen härteren Drang nach Hebung ihrer Lebenshaltung. Aber dies ist gar kein Fehler, vielmehr beruht auf dieser aufstrebenden Tendenz aller Fortschritt in der Menschheitsentwicklung, insofern die gesteigerten Bedürfnisse den Menschen zu immer komplizierter und differenzierter Arbeit getrieben haben. Uebrigens klingt es sehr eigenthümlich, der großen Masse aus diesem Aufwärtsstreben einen Vorwurf zu machen, während man sonst einem einzelnen Menschen, der sich emporgearbeitet hat, allerhand Schmeicheleien sagt; aber es ist nun einmal „frommer Brauch“, den Arbeitern etwas anzumuten, was man bei anderen Leuten, vom Kaiser bis herab zum Briefträger, für ganz selbstverständlich hält. Wenn ein Beamter mehr Gehalt verlangt, oder ein Fürst eine höhere Zivilliste, wenn ein Junker nach höheren Korruptionen schreit, oder ein Handwerksmeister nach Hebung der Konturrenz, wenn sogar die Geistlichkeit in Betracht der eigenen Zeiten zwecks Bewilligung einer Gehaltserhöhung an die maßgebenden Faktoren herantritt, so sind dies alles berechnete Bestrebungen; wenn aber der Arbeiter eine Verbesserung seiner Lage erstrebt, so nennt man ihn begehrlich und unverschämmt.

Um zu einem anderen gegnerischen Argumente überzugehen, so ist es garnicht wahr, daß Bildung an und für sich die Menschen zu rohen, müßigen und selbst

etelhaften Arbeiten unfähig macht. Das Seemannsleben ist roher und härter als das der meisten Landbewohner, und darum ist doch ein gebildeter Matrose nicht schlechter als ein ungebildeter; die Hantirungen eines Arztes sind sehr häufig unangenehm und ekel-erregend und dennoch kann er ein hochgebildeter Mann sein. Hieraus geht hervor, daß die Art der Arbeit an und für sich den Menschen wenig beeinflusst, was ihn zu der einen Beschäftigung hingieht und von der anderen abhört, ist, abgesehen von einer etwa vorhandenen Neigung, die soziale Werthschätzung, die eine bestimmte Arbeit genießt. Solange allerdings in dieser Beziehung noch so krasse Vorurtheile herrschen, wie es heutzutage der Fall ist, wo man gesellschaftlich nothwendige und eminent nützliche Arbeiten, wie z. B. das Straßenreinigen, für minderwerthig hält und sie auch darnach entlohnt, ist es kein Wunder, wenn sich die Gebildeten davon fern halten. In dieser Hinsicht ist offenbar ein gründlicher Wechsel der Anschauungsweise erstes Erforderniß, der jedoch nur die Folge einer gründlichen Volksbildung sein kann.

Sehr häufig hört man, besonders von kirchlicher Seite, die Aeußerung, die verschiedenen Stände seien eine gottgewollte Einrichtung, und jeder Mensch habe die Pflicht, diejenige Stelle in der Gesellschaft auszufüllen, zu der ihn Gott berufen habe. Sehr gut! Aber wie soll denn ein Mensch herausfinden, an welche Stelle ihn Gott berufen hat? Ein neugeborenes Kind kommt doch nicht mit der Aufschrift: Straßenlehrer, Krämer, Bischof, Kommerzienrath oder Herzog zur Welt. Ein Mensch kann seine rechte Stelle doch nur dadurch entdecken, daß er herausfindet, wozu sich seine Fähigkeiten eignen und wo er sie voll entfalten kann. Warum soll er also dadurch, daß man ihm eine gebiegene Bildung vorenthält, am Grunde der Gesellschaft angekniet bleiben, während er seinen Fähigkeiten nach auf die Höhen der Menschheit gehört? Und warum soll ein anderer, mangelhaft Begabter künstlich in den höheren Schichten festgehalten werden, anstatt, wie es wünschenswerth wäre, in die untersten hinab zu sinken? In seinem Buche: „Vom Staate“, legt Plato dem weisen Sokrates folgende goldene Worte in den Mund, die diesem Gedanken einen treffenden Ausdruck geben: „Brüder, Ihr seid alle Brüder, aber die Götter haben Euch verschieden gebildet. Einige von Euch sind aus Gold gemacht und haben die Gabe des Herrschens, darum genießen sie die höchsten Ehren; Andere sind aus Silber und sollen der Beistand Jener sein; Andere wieder, die Ackerbauer und Handwerker sein sollen, haben die Götter aus Kupfer und Eisen gemacht. Aber da Ihr ursprünglich aus derselben Familie stammt, so wird ein goldener Vater manchmal einen silbernen, kupfernen oder eisernen Sohn haben, und umgekehrt, ein eiserner Vater einen silbernen oder goldenen Sohn. Und es gilt der oberste Grundsatz, daß die Herrschenden vor Allem über ihre Nachkommen wachen sollen, um zu sehen, was für Bestandtheile ihrem Wesen beigemischt sind. Denn wenn der Sohn eines goldenen oder silbernen Vaters eine Beimischung von Kupfer oder Eisen hat, so befehlt die Natur eine Veränderung seines Standes und das Auge des Herrschenden soll nicht Mitleid mit seinem Kinde empfinden, weil es auf der Leiter nieder zu steigen und Ackerbauer oder Handwerker zu werden hat, gerade wie vielleicht aus dem Handwerkerstande Andere hervorgegangen sind, die zu Ehren emporsteigen und Aufseher oder Beistände werden. Denn eine Weissagung verkündet, wenn ein kupferner oder eiserner Mann den Staat beschütze, dann werde der Staat zu Grunde gehen.“ Noch heute, nach mehr als zweitausend Jahren, haben diese Worte des großen Weisen nichts von ihrer Wahrheit eingebüßt. Und es ist nicht einmal nöthig, wie Plato es empfiehlt, daß die Gesellschaft besondere Beamte anstelle, um die Kupfernen und Eisernen aus den Goldenen und Silbernen herauszufinden. „Gebt Allen Bildung“, ruft der Engländer Thomas Huxley aus, „und die Goldenen werden sicher bis zur höchsten Spitze emporsteigen; entfernet alle jene Kräden, die die Kupfernen und Eisernen auf der höchsten Spitze festhalten und sie werden nach dem Geiz der Schwere allgemach auf den Boden sinken. Wir Alle haben edle Lorbs gekannt, die Ruscher, Jäger oder Billardspieler geworden wären, wären sie nicht durch unsere sozialen Schwimmgürtel über Wasser gehalten worden; wir Alle haben Männer aus den untersten Schichten gekannt, von denen Jedermann sagte: Was hätte nicht aus diesem Manne werden können, hätte er nur ein wenig Bildung gehabt!“ Es ist also unbestreitbar, daß eine vernünftig organisirte Gesellschaft die Pflicht hat, alle ihre Glieder durch eine gründliche Bildung in die Rivalität des Lebens auf der Grundlage der gleichen sozialen Gelegenheit hineinzuziehen.

Was nun endlich die Behauptung angeht, daß eine gesteigerte Bildung den Menschen unzufügig zur Arbeit

make und daß, wenn alle Menschen gebildet wären, Niemand mehr körperlich und angestrengt arbeiten wolle, so entbehrt sie jedes Untergrundes. Heute allerdings, wo den „Gebildeten“ infolge einer total verkehrten Erziehungsweise eine Mißachtung der körperlichen, handwerksmäßigen Arbeit eingeimpft wird, kommt es vor, daß Leute auf Grund ihrer höheren Bildung das „Recht“ auf „Fauleth“ für sich in Anspruch nehmen; in einer vernünftigen Gesellschaft aber, wo jede gesellschaftlich nützliche Arbeit ihre entsprechende Werthung findet, ist dies ausgeschlossen, zumal wenn die Arbeitszeit verkürzt, die Arbeitsleistung in normalen Grenzen gehalten und die Individualität des Einzelnen mehr als bisher berücksichtigt werden wird.

Aus allen diesen Gründen geht hervor, daß die Gesellschaft — in concreto also der Staat — die Verpflichtung hat, für eine gute Volksbildung zu sorgen. Wer in dieser Sorge einen Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen erblickt, wie es von Seiten der Individualisten geschieht, der verkennt das Recht des Staates und die Pflicht, das Wohl der Bürger zu heben und den Schaden abzuwehren, selbst auf die Gefahr hin, daß die Freiheit der Bürger beschränkt werde. „Wenn es meinem Hausnachbar beliebt“, sagt Huxley sehr treffend, „seine Abzugsröhren so schlecht im Stande zu halten, daß sie die Luft verpesten, die ich athme, so daß ich Gefahr laufe, Nervenfieber oder Diphtheritis zu bekommen, so verkümmert er mir meine rechtmäßige Freiheit in demselben Maße, wie wenn er, mein Leben bedrohend, mit einer Pistole herumläufe; wenn er seine Kinder ungeimpft lassen darf, so könnte man ihm ebensogut gestatten, Strychninpläschen auf dem Wege herum zu werfen, wo meine Kinder sich tummeln, und wenn er seine Kinder ohne Unterricht und Berufserziehung aufwachsen läßt, so vermehrt er dadurch die Steuerlast, die ich zur Unterhaltung der Gefängnisse und Arbeitshäuser an meinem Theil zu tragen habe.“ Die Freiheit des Einen findet ihre Grenze an der Freiheit des Anderen oder der Gesamtheit, und das Wohlergehen des Ganzen steht höher, als das Belieben des Einzelnen. Wenn also die Gesellschaft es für nothwendig erachtet, das Bildungsniveau zu heben, so kann der Einzelne eben sein „Recht auf Dummheit“ nicht mehr aufrecht erhalten.

Zur Lohnbewegung der Schreiner und Maschinenarbeiter Wiesbadens und Umgegend.

Am Donnerstag, den 23. Februar, tagte im „Schwalbacher Hof“ wiederum eine Versammlung behufs Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung. Der Vorsitzende der Lohnkommission, Kollege Hartmann, erstattete Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Die Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem Resultat geführt. Die Arbeitgeber erklären, auf die gestellten Forderungen nicht eingehen zu können, vor allen Dingen auf die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. Es zeigt sich jedoch auch hier wieder, daß, wo es an den Selbstheutel geht, es mit der so viel gerühmten Einigkeit der Arbeitgeber schlecht bestellt ist. Die drei größten Unternehmer ließen unserem Vorsitzenden der Lohnkommission ein Schreiben zugehen, daß sie in Unterhandlung mit der Lohnkommission eintreten wollten und sich nicht mehr an die Beschlüsse der Arbeitgeberkommission kehren würden. Das Ergebnis der Unterhandlung war, daß die drei Firmen sämtliche Forderungen bewilligen wollten, mit Ausnahme der 9 1/2stündigen Arbeitszeit.

In der darauf folgenden Diskussion erklärten mehrere Kollegen, daß das Anerkennen der drei Unternehmer nicht direkt von der Hand zu weisen sei und man sich wohl überlegen solle, ob uns die Verkürzung der Arbeitszeit wirklich momentan den Vortheil biete, den sie eigentlich hat. Andere Kollegen betonten, daß gerade die Verkürzung der Arbeitszeit die hauptsächlichste Forderung sei und ohne diese eine Lohnerhöhung ein Un Ding sei. Hierauf erfolgte die Annahme eines Antrages: Auf die Verkürzung der Arbeitszeit momentan zu verzichten, die übrigen Forderungen jedoch sämtlich aufrecht zu erhalten und bei passender Gelegenheit die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Dieser Antrag wurde mit 180 gegen 88 Stimmen angenommen. Es wurde noch ein weiterer Beschluß gefaßt, daß die Kollegen, wo bis Samstag die übrigen Forderungen nicht vollständig bewilligt sind, die Arbeit niederzulegen haben. In der am Samstag Abend stattgefundenen Versammlung konnte festgestellt werden, daß bis dato sechs Geschäfte durch Unterschrift die Forderungen bewilligt hatten. Viele Arbeitgeber hatten ihren Leuten erklärt, daß sie die Forderungen anerkennen wollten, aber ihre Unterschrift könnten sie durch Beschluß der Meisterversammlung nicht geben. Die Lohnkommission wurde darauf beauftragt, bei diesen Arbeitgebern nachzutragen und ihre Erklärung einzuholen. Dadurch hat sich die Situation wesentlich verändert, so daß bis Montag Morgen bereits 36 Geschäfte mit circa 200 Arbeitern bewilligt haben. Wir ersuchen nun die Kollegen Deutschlands, den Huzug von Schreimern, Maschinenarbeitern und Holzgeräthearbeitern nach Wiesbaden und Umgegend streng fern zu halten, dann wird der Sieg der Wiesbadener Kollegen nicht ausbleiben. Hoch die Solidarität aller Arbeiter!

Am 2. der Redaktion. Als wir den Bericht zu Nr. 9 erhielten, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß Wiesbaden einen guten Anfang in der Lohnbewegung für dieses Jahr machen würde. Aber welche Enttäuschung bringt uns der heutige Bericht! Die Hauptforderung, Verkürzung der Arbeitszeit, ist schon fallen gelassen, bevor es zu einer Arbeitseinstellung kam. Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich eine so große Anzahl Kollegen von dem geringen Lohnanschlag blenden

ließen und auf eine Verkürzung der Arbeitszeit einfach verzichteten. Momentan, heißt es, hat man auf die Verkürzung der Arbeitszeit verzichtet, aber bei passender Gelegenheit will man diese Forderung durchdrücken. Ja, bei welcher Gelegenheit denn? Wenn die Arbeit flau geht und ein großer Teil der Wiesbadener Kollegen das Straßenspaster brei treten? Wir hätten erwartet, daß die Kollegen so viel Einsicht gehabt und so viel aus den stattgefundenen Kämpfen gelernt hätten, daß man eine Verkürzung der Arbeitszeit nur in einer flotten Geschäftszustand durchsetzen kann. Warum sträuben die Arbeitgeber sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit? Doch nur, weil sie zu genau wissen, daß es schwieriger ist, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, als den Lohn zu reduzieren. Wir sind überzeugt, hätte man geglaubt, daß unsere Wiesbadener Kollegen so leicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit verzichten würden, die Zustimmung zum Streik wäre nicht ertheilt worden. Geradezu unverantwortlich ist es, auf diese Forderung zu verzichten, wo die Entwicklung der Produktionsverhältnisse täglich immer mehr Arbeitskräfte überflüssig machen, was man doch nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgleichen kann. Ja, es ist das Vorgehen um so behauerlicher, weil am Orte noch die sechsstündige Arbeitszeit existiert, wo bereits in mehreren Orten die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und in größeren Orten überhaupt über 9 Stunden fast nicht mehr gearbeitet wird. Wie aus dem Vorstandsbericht in Nr. 8 ersichtlich, gelang es unseren Kollegen im vorigen Jahre, die Arbeitszeit durchschneidend um 3,9 Stunden wöchentlich zu verkürzen, und unsere Wiesbadener Kollegen verzichten auf eine Verkürzung, bevor man gegenseitig seine Macht erprobt hat. Man sieht hier vor einem Räthsel. Dieses ist aber leicht gelöst, wenn man weiß, daß bei einer Unterhandlung erklärt wurde: „Die Verkürzung der Arbeitszeit sei nur deshalb gestellt, weil sonst keine Aussicht auf Genehmigung des Streiks vorhanden gewesen sei.“ Das letztere ist richtig. Wenn man aber diese Forderung nur als Dekoration gestellt hat, um eine kleine Lohnhöhung durchzusetzen, so ist dieses, gelinde gesagt, eine arge Täuschung der Organisation, welche nicht dazu angehtan ist, die Bewegung zu fördern, sondern zu schädigen. Daß die Arbeitgeber nach einer derartigen Erklärung sich dochzeitig stellen würden, ist nicht zu verwundern, war die Forderung durch die Erklärung doch schon so gut wie verschwunden. Aber auch die Lohnforderung ist nur von zwei Dritteln der Arbeitgeber vor Ablauf der Kündigungsfrist bewilligt worden und ein Drittel der Kollegen muß auch noch um die winzigen Prozente in den Kampf eintreten. Aus der ganzen Unterhandlung und den Verhandlungen geht hervor, daß ein großer Theil der Kollegen vor dem Kampf eine höllische Angst gehabt haben und andererseits die Arbeitgeber sich in einem solchen Druck befanden, daß sie dadurch veranlaßt waren, sämtliche Forderungen zu bewilligen, mit Ausnahme vielleicht der papierernen Unterschrift, welche thatsächlich keinen Werth hat. Statt daß man aus dem Entgegenkommen einiger Arbeitgeber Muth schöpfen sollte, fiel unseren Kollegen das Herz in die Hosentasche und sie erklärten: „Momentan sei es fraglich, ob die Verkürzung der Arbeitszeit wirklich den Vortheil biete, den sie eigentlich hat.“ Ja, Kollegen Wiesbadens, fraglich ist es, ob sich in absehbarer Zeit eine solche günstige Geschäftsperiode wieder bietet, wo es Euch möglich sein wird, an eine Verkürzung der Arbeitszeit zu denken. Thatsache ist, daß Ihr unverantwortlich leichtfertig gehandelt, als Ihr auf die Verkürzung der Arbeitszeit verzichtet, womit Ihr nicht nur Euch, sondern der ganzen Organisation einen schlechten Dienst erwiesen habt. Gewiß ist schon manche Forderung während des Kampfes fallen gelassen, aber bevor der Kampf begann, auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten, ist bis jetzt noch nicht vorgekommen. Diesen „Ruhm“ sich zu verdienen, blieb Euch vorbehalten.

Zustände in verschiedenen Spiegelrahmenfabriken Fürths.

Gegenwärtig machen sich wieder Zustände in der Spiegelrahmenbranche bemerkbar, die zur strengsten Kritik herausfordern. So wurde bei Herrn Hemmersbach, dem humanen Demokraten, einem Arbeiter, der sich krank meldete, einfach bedeutet, er könne gleich gehen, womit er einfach seine Entlassung hatte. Die Verhandlungsweise, die der Werkmeister Kremkau den Arbeitern angedeihen läßt, kann nicht genug gerügt werden. Gerade als ob er ungebildete, rohe Menschen vor sich hätte, so werden die Arbeiter mit Redensarten regaliert und angefahren, und das von einem Manne, der vor Jahren ein eifriges Gewerkschaftsmitglied war und große Reden hielt für Verbesserung der Arbeiterklasse, und gerade das verwarf, was jetzt die ihm unterstellten Arbeiter von ihm zu erdulden haben. Auch Herr Hausel, der schon öfter Proben von Bildung und Schlagfertigkeit abgelegt hat, macht wieder von sich reden. Als vor Kurzem ein Arbeiter, der sich verbessern konnte, sein Arbeitsverhältnis löste, und zwar in ordnungsgemäßer Weise, wurde der 23jährige Arbeiter als „Saulümmel“, „Schliffel“, „Bast“ usw. beizelt. Bei dem letzten Holzarbeiterausstand zog Herr Hausel in einer Wirthschaft in der gemeinsten Weise über ein Kommismissionsmitglied her, so daß anwesende Personen sich dem Beleidigten selbst als Zeugen zur Verfügung stellten, der aber auf eine Klage verzichtete, da dadurch Herr Hausel zu viel Ehre angethan worden wäre. Bei der Firma Ammerböcker & Gaas wurden in jüngster Zeit durch hiesige Blätter „jüngere“ Poltrier gesucht, und hehe! — am darauf folgenden Samstag wurden drei ältere Poltrier entlassen. Eine bei den hiesigen Spiegelrahmenarbeitern nicht gerade sehr beliebte Persönlichkeit, Vorarbeiter Hausel, der sich in einer anderen Spiegelrahmenfabrik unzulässig gemacht hat und seine Zukunft nun zu der letztgenannten Firma nahm, glaubte jedenfalls, sein militärisches Regiment und seine Lohnbrüder bei den älteren Arbeitern nicht durchzuführen zu können, weshalb diese durch willkürliche jüngere Arbeitskräfte ersetzt werden mußten. Nun, die Arbeiter ziehen die Konsequenzen aus letzterem und werden auch die „Jüngeren“ ihre Lebenslage sich nicht verschlechtern lassen.

Differenzen in der Goldbleibenfabrik von Grasdorf & Brandenburg in Pasing.

Die Differenzen in der Goldbleibenfabrik sind immer noch nicht beigelegt, sondern scheinen eine andere Wendung zu nehmen. Da die Fabrikanten wissen, daß, wenn sie mit der Einführung des Akkordsystems Ernst machen, dasselbe von den Arbeitern zurückgewiesen wird, ziehen sie daran, diejenigen Arbeiter, welche sich für die Sache verwenden, aus der Fabrik zu entfernen.

So ist dem Obmann des Arbeiterausschusses erklärt worden, er hege die Leute auf und man gebe ihm Zeit, sich in drei oder vier Wochen andere Arbeit zu suchen. Der Obmann machte jedoch keinen Gebrauch von der gebotenen „Gnadenfrist“ und ging. Er war circa 8 Jahre bei der Firma thätig.

Ein anderer Kollege berief eine Fabrikversammlung ein, in welcher zu der Akkordbefreiung Stellung genommen wurde. Einige Tage später wurde derselbe entlassen, angeblich, weil er vom Fabrikanten „Gersdorf“ dabei betroffen wurde, als er einet loeben erhaltenen Brief las. Wenn Briefe an Arbeiter in die Fabrik adressirt sind, werden dieselben stets vom Portier an die Adressaten während der Arbeitszeit abgegeben, was schon Jahre lang Usus ist und von den Fabrikanten auch noch nie beanstandet wurde.

Ein anderer Kollege berief eine zweite Fabrikversammlung ein. Zwei Tage später ließ ihn Herr Gersdorf zu sich kommen und fragte ihn, warum er ihn (den Fabrikanten), als er Abends vorher nach Arbeitschluss auf der Straße an ihm vorüberging, nicht grüßte. Der Kollege antwortete: „Er habe Herrn Gersdorf nicht gesehen, sonst hätte er zweifellos gegrüßt, und zudem habe er Herrn Gersdorf schon hunderte Male gegrüßt und er habe den Gruß nicht erwidert.“ Herr Gersdorf meinte, der Kollege solle sich binnen 14 Tagen oder 8 Wochen nach anderer Arbeit umsehen. Leute, welche keine Achtung vor ihm haben, beschäftigen er nicht.

Die Fabrikanten haben offenbar die Absicht, die ihnen unbegleiteten Arbeiter auf eine Art zu entlassen, die von den übrigen Arbeitern als Maßregelung nicht aufgefakt werden soll. Es wird jedoch bei diesen Personen nicht bleiben und könnten die Arbeiter schon im Voraus Personen namhaft machen, welche nun an die Reihe kommen.

Ein anderes Mal mehr über diese Goldfirma. Wir ersuchen die Kollegen Deutschlands, den Zugzug nach wie vor streng fern zu halten.

Rundschau.

Für die Opfer des Dresdener Buchhändlerstreiks sind bis jetzt beim Vorstände der sozialdemokratischen Partei über M. 65 000 eingegangen.

Da die bis jetzt eingegangene Summe, in Verbindung mit den noch in den Sammelstellen, auf unlaufenden Listen u. d. befindlichen Beiträgen, nach einer vom Dresdener Unterstützungscomité gemachten Aufstellung, die Gewährung einer angemessenen Unterstützung an die ihrer Ernährer beraubten Familien während der Abwesenheit der dem Buchhändler und Gefängniß Ueberliefereten ermöglicht, wird gebeten, die weiteren Sammlungen einzustellen und die noch ausstehenden Beträge baldigst einfinden zu wollen, damit in Kürze die Schlussquittung gegeben werden kann. Wieder ein leuchtendes Beispiel von dem Solidaritätsgesühl der Arbeiter!

Ein schönes Zeichen von Solidarität gegenüber den neun verurtheilten Bauarbeitern, bezw. deren Familien, bekundeten die Dresdener organisirten Maurer. Sie beschloßen in einer öffentlichen Versammlung einstimmig und mit Begeisterung, bezw. Unterstützung an zwei Wochen Extrabeiträge von 50 % pro Mitglied zu erheben. So handelt die denkende Arbeiterschaft, während das reaktionäre Geschick die Unglücklichen mit Schmutz bewirft.

Helferstheller des Buchhändlerstreiks. Zur Konstituierung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sind die lokalen Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe aus ganz Deutschland zu einer Generalversammlung nach Berlin eingeladen worden, die am 15. März d. J., Nachmittags 2 Uhr, im Architektenhause, Wilhelmstraße 92, stattfinden soll. Die Gründung des Arbeitgeberbundes ist auf dem vorjährigen Delegirtenkongreß des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zu Breslau beschlossen worden und soll ausgesprochenemassen die Arbeitgeber in die Lage bringen, der geschlossenen Koalition der Arbeitnehmer erfolgreich entgegenzutreten und sich die „Selbstständigkeit“ in ihren Betrieben wahren zu können, das heißt, die Arbeiter nach Herzenslust zu knebeln und zu knechten. Der prohibitorische geschäftsführende Ausschuß, der die Einladung zu der Generalversammlung erlassen hat, besteht aus den Baumeistern B. Fellisch, H. Simon, Zimmermeister A. Gsmann und A. Arns und Baumeister F. Döbler. Geschäftsführer ist Herr W. König, Kochstr. 3.

Ihre Arbeiterfeindlichkeit haben mit brutaler Offenheit die Herren vom Zentralverbande deutscher Industrieller auf's Neue dokumentirt. Sie waren am Dienstag in Berlin versammelt, um ihr Veto gegen jedelei Sozialpolitik einzulegen. Der bekannte Generalsekretär des Verbandes, Herr Buck, spielte die erste Rolle. Er erklärte sich scharf gegen die Anträge des Zentrums und der freisinnigen Volkspartei, betreffend die eingetragenen Berufsvereine, ebenso gegen den nationalliberalen Antrag auf Einrichtung obligatorischer Schiedsgerichte von Arbeitgebern und Arbeitern in örtlichen berufsgenossenschaftlichen Vereinigungen, zwecks Berathung gemeinsamer Angelegenheiten. Alle diese so überaus mitthen sozialpolitischen Forderungen, selbst der nationalliberalen Partei, sind den Herren vom Zentralverbande in der Seele verhaft, weil dadurch angeblich nur die Sozialdemokratie Stärkung erfahren würde. Auch gegen die Invalditätsnovelle, soweit sie heilsamere Bestimmungen enthält, wendeten sich die Vertreter des industriellen Großkapitalismus. Für den Arbeiter haben sie in der That nichts Anderes übrig, als die Krute in Gestalt von Buchhändlergejagen.

Einen Beitrag zum Unternehmer-Terrorismus hat der preussische Handelsminister in höchst eigener Person geliefert. Er hat im Abgeordnetenhause erklärt, warum der bringende, langjährige Wunsch der Bergarbeiter — die Heranziehung gewählter Vertreter der Arbeiter zur Theilnahme an der Berginspektion — nicht erfüllt werden soll. Herr Bresselt erkannte an, daß diese Einrichtung in England sehr gut bewährt hat, und er ist nicht prinzipiell gegen sie. Aber während in England auch bei den Arbeitgebern der gute Wille vorhanden ist, die Einrichtung zweckentsprechend zu benutzen, sind die preussischen Grubenbesitzer der Einrichtung abgeneigt, und sie würden jeden Arbeiter, der das Amt eines Delegirten übernimmt, kurzer Hand entlassen!

Und darum nicht. In einem Sinne kann man sich über diese Erklärung freuen. Denn hier ist amtlich festgestellt, daß eine zum Schutze der Bergarbeiter notwendige Institution an dem Ministerium her betreffend den Unternehmer ist. Herr

Bresselt selbst hat einen Beitrag zur Naturgeschichte des Unternehmer-Terrorismus geliefert.

Schwarze Listen. Ueber dieses beliebte Kampfmittel der Unternehmerorganisationen entnehmen wir dem „Volkswillen“ in Hannover folgende Schilderung, die wiederum charakteristisch ist für die Kampfesweise gewisser Unternehmerkreise: „Ein für die Organisation in seiner Branche seit einigen Jahren recht thätiger Bild- und Steinhauer bekam auf seiner letzten Stelle beim Bild- und Steinhauermeister Kramer in Hannover im November vorigen Jahres Streik wegen Lohnhöhen, was zur Folge hatte, daß das Arbeitsverhältnis gelöst wurde. Seitdem ist es dem betreffenden Arbeiter nun nicht mehr möglich, in seinem Verufe Arbeit zu erhalten, obwohl derselbe eine anerkannt tüchtige Arbeitskraft ist. Daß das Unternehmertum den Betroffenen auf die berückichtigte schwarze Liste gesetzt hat, ist zweifellos. Als der Arbeiter z. B. kürzlich im Sander'schen Geschäft Arbeit bekommen konnte und er seine Papiere abgab, da hieß es plötzlich: „Nein, Sie kann ich doch nicht brauchen.“ Und als derselbe dann etwas später wieder beim Steinhauermeister Gehhardt in Arbeit treten sollte, da ging es ihm genau so. Vor einigen Tagen nun ward es dem betreffenden Arbeiter noch deutlicher zu verstehen gegeben, daß das Unternehmertum ihm seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt habe. Er hatte nämlich in dem bekannten Wiedert'schen Geschäft Arbeit erhalten. Als er dann aber Mittags anfangen wollte zu arbeiten, da hieß es wieder: „Nein, ich darf Sie doch nicht einstellen.“ Und als der Arbeiter dann fragte, welcher Grund denn vorläge, hieß es: „Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen!“

Moderne Sozialpolitik. Aus Barmen (Rheinprovinz) wird gemeldet: Der Vize eines hiesigen Banthausers erhielt die Kündigung zugehelt. Den Grund ersieht man aus folgendem Entlassungszeugniß: „N. N., 80 Jahre alt, seit dem 16. Januar 1897 in unserer Bank als Hausdiener und Kassenbote thätig. Wir bezeugen demselben gerne, daß er sich während dieser Zeit stets fleißig und gütlich, still und ehrlich betragen und zu unserer Zufriedenheit gearbeitet hat und wir demselben nur aus dem Grunde seine Stellung gekündigt haben, weil sich seine Familie wiederum vermehrt.“

Im vorliegenden Falle ist das Hinanwerfen eines ordentlichen, fleißigen Familienvaters aus Lohn und Brot um so bezeichnender, als der Geschädigte, der bereits 80 Jahre alt und seit sechs Jahren verheiratet ist, erst zwei Kinder hat. Also Zweifelhinderthum — sonst das Straßenspaster! Es wäre in der That der Gipfel der modernen Sozialpolitik, wenn Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern kontraktliche Abmachungen über die zulässige Kinderzahl eingehen oder aber für die Vermehrung der Familienmitglieder um die jeweilige Erlaubniß einkommen müßten! Nichtsdestoweniger zweifeln wir schlechterdings nicht daran, daß sich in den Scharfmacherorganen auch für diese Bereicherung sozialpolitischer Fürsorge für die deutschen Arbeitnehmer begeisterte Wertheiliger finden werden.

Immer nobel! In der „Niederbarnimer Btg.“ lesen wir: „Für 50jährige treue Dienste auf Dominium Labdorf erhielt der Arbeiter Friedrich BURGEMEISTER von Herrn Rittergutsbesitzer Böttcher ein 1 m großes Kaiserbild, M. 30 und von dessen Frau Gemahlin zwei Flaschen echten Tokayer.“ — Der Glückliche! Für 60 Jahre treuer Dienste M. 30 und zwei Flaschen Wein Extravergeltung! Tagiren wir den Werth des Weins auf M. 10, so wären das M. 40 für 60 Jahre, oder pro Jahr 80 %! Man sieht also, welch' warmes Herz für die Arbeiter noch in der Brust manch eines Agrariers schlägt und wie horrend die treuen Dienste während zweier Lebensalter gelohnt werden. Mühslich mit 80 % pro Jahr!

In einer Resolution verlangt der Deutsche Landwirthschaftsrath, daß die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter lebigh der Landwirtschaft überlassen wird. Als Mittel zum Zwecke sollen dienen, daß junge Leute nur mit Genehmigung der Eltern oder Vormünder die Heimath verlassen dürfen und auch nur dann, wenn sie ein festes Arbeitsverhältnis und eine Wohnung, welche den sittlichen und hygienischen Anforderungen entspricht, nachweisen können. Ferner soll die Verwendung jugendlicher Arbeiter in der Industrie mehr als bisher eingeschränkt werden.

Auffsehen erregt, namentlich in den Kreisen der Holzindustriellen, die Verhaftung des Holzschneidereibesizers Wilhelm Bürger vom Grünen Weg 119 in Berlin und seines Werkführers Adameit wegen Wechselfälschung. Geschädigt sind außer einer Bank mehrere Möbelhändler und Tischlermeister.

Geschäftsrudin durch Streikbrecher. Die in Konkurs gerathene Firma Ohwald & Kirchgesser, Hutfabrik in Dresden, giebt in einem an ihre Gläubiger gerichteten Zirkular als erste der Ursachen, welche die ungünstige Lage des Geschäftes herbeigeführt haben, „den Streik der Hutmacher“ im Vorjahre an, wodurch beim Beginne der Saisonlieferungen sämtliche Arbeitskräfte plötzlich entzogen und die Einstellung von arbeitsunkundigem Personale nöthig wurde, dessen hergestellte Waare vielfach unbrauchbar und durch neue zu ersetzen war, da sie in dem gefertigten Zustande unmöglich geliefert werden konnte.“ Das ist sehr interessant! Hier haben wir in drastischer Gestalt die andere Seite der „lieben und kaatserhaltenden Streikbrecher“, berentwegen die ehrlichen Arbeiter in's Buchhaus stellen. Geht den Unternehmern bald ein Licht auf über die gemeinschädliche Rolle der Streikbrecher?

In Mannheim haben die städtischen Arbeiter eine Lohnaufbesserung in Aussicht; der Voranschlag für 1899 sieht dafür M. 46 321 vor. Auch ist eine neue Arbeits- und Lohnzahlungsordnung aufgestellt, aus der wir erwähnen, daß für gesetzliche Feiertage Lohn bezahlt wird und daß ein Arbeiter, der fünf Jahre im städtischen Dienste ist, in Krankheitsfällen auf drei Monate den Lohn fortgezahlt erhält. Arbeiter, die mindestens zwei Jahre im Dienste der Stadt sind, erhalten auch Lohn während etwaiger Militärdienste in Reserve und Landwehr, doch werden die gesetzlich vom Reiche gezahlten Vergütungen abgezogen. Bei Le...fällen soll den Wittwen und Waisen der Arbeiter, die wenigstens zwei Jahre in städtischem Dienste waren, noch zwei Monate lang der Lohn des verstorbenen Gatten oder Vaters bezahlt werden.

Der Magistrat in Dusseldorf beantwortete eine Anfrage aus Richtung eines Gewerkschaftsmitglieds dahin, daß nach

Ansicht der darüber gehörten Unternehmer für die Errichtung eines solchen für einzelne Branchen weder ein Bedürfnis noch gar eine Nothwendigkeit vorliege und daß ein solches für alle Gewerbebetriebe als ein Umding abzulehnen sei.

O, welche Lust, Aktionär zu sein! Das Peiner Holzwerk, das schon seit langen Jahren eine wahre „Goldgrube“ für die daran beteiligten Aktionäre ist, soll dieses Jahr in der Lage sein, den Herren mit den großen Geldböckchen anstatt der vorjährigen 52 pZt. Dividende eine solche von 60 pZt. (11) zahlen zu können.

Der Krankenunterstützungsband deutscher Schneider konnte am 1. März auf eine 25jährige Thätigkeit zurückblicken. Begründet wurde er, wie wir der „Fachzeitung für Schneider“ entnehmen, 1873 in Gotha und ist es ihm gelungen, trotz aller Fährlichkeiten der ihm feindlichen Gesetzgebung sich immer mehr auszubauen zum Wohle der Arbeiterschaft.

Ein freitender Theaterchor. Im Kasinotheater in Rodenhagen befindet sich im Chor ein ehemaliger Schlächtergeselle, der jetzt während des Schlächterstreiks nebenbei sein altes Gewerbe wieder aufgenommen hat.

Schreiner Karl Schimpf, der bis zu seiner vor zirka sechs Jahren erfolgten Auswanderung ein thätiges Mitglied der hiesigen Sozialdemokratie war und besonders während der Zeit des Ausnahmegesetzes vor keiner Arbeit zurückschreckte, ist am 14. Februar in Philadelphia am Nervenleiden gestorben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In der in Nr. 9 der „Holzarb.-Ztg.“ veröffentlichten Abrechnung für das dritte Quartal 1898 sind leider mehrere Druckfehler enthalten, die wir hiermit berichtigen: Kassel hat nicht M. 998,23, sondern M. 898,23 an die Hauptkasse eingekandt.

Bezüglich des Adressenverzeichnis sei hier zum wiederholten Male darauf hingewiesen, daß der Vorstand von jeder Zahlstelle nur zwei Adressen — die des Bevollmächtigten und der Herberge — in das Verzeichnis aufnehmen kann.

Die Zahl der verlorenen Mitgliedsbücher ist fortgesetzt eine ziemlich hohe, so daß wohl die Bitte an alle Mitglieder berechtigt ist, ihrem Verbandsbuch so viel Achtsamkeit zu widmen, daß ein Verlust nicht so häufig eintritt.

- Nachfolgende verlorene Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt: 60875 Karl Leander, Tischler, geb. 3. 2. 76 zu Gommern. 180345 Josef Fink, Schreiner, geb. 24. 9. 63 zu Rüdging.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

2. Gau. Vorort Stettin. Der Gauvorstand hat in seiner Sitzung beschlossen, am zweiten Oftertage, Nachmittags 3 Uhr, eine Gaukonferenz im Lokale des Herrn Burow, Rosengarten 6 in Stettin, einzuberufen.

12. Gau. Vorort Gera. Gauvorsteher: Rich. Werner, Schillerstr. 50, 2. Etage. Gauassistent: Albin Reinhold, Weichselgäß. 15.

20. Gau. Vorort Frankfurt a. M. Bezugnehmend auf das Mitte Februar an die Zahlstellenverwaltungen versandte Zirkular, betr. Anfrage über Abhaltung einer Konferenz, können wir hiermit feststellen, daß sämtliche Antwortschreiben in bejahendem Sinne ausgefallen sind.

22. Gau. Vorort München. Thätigkeitsbericht für das zweite Halbjahr 1898.

In folgenden Orten fanden im Berichtshalbjahre Versammlungen statt: in Rosenheim, Pasing, Landskron, Ingolstadt, Augsburg II und Garmisch. Die Zahlstellen Pasing, Straubing, Freising und Kaufbeuren wurden ebenfalls besucht, um Anregung zu kräftigem Weiterarbeiten zu geben.

3. Gau. Vorort Rostock.

Nachdem sich alle Zahlstellen, welche eine Antwort auf unser Zirkular vom 14. v. M., betreffend Abhaltung einer Gaukonferenz, eingeliefert hatten, zustimmend erklärt haben, berufen wir zum ersten Oftertage, den 2. April, eine Konferenz für den 3. Gau nach Rostock, in das Lokal „Barnowhalle“, ein.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Von der Hauptkasse durch die Zahlstelle München... M. 200,-, Freiwillige Beiträge der Zahlstellen (Augsburg M. 12, Starnberg M. 2,75, Ingolstadt M. 4) ... 18,75.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Diäten und Fahrgebelter an Referenten... M. 66,60, für sonstige Reisen... 45,55.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Einnahme... M. 267,66, Ausgabe... 146,51, Bestand... M. 121,15.

Korrespondenzen.

Altena. Im Falle reisende Kollegen auf ihrer Reise nach Altena in Westfalen kommen, so bitte ich sie, die Vertikale Siegel streng zu meiden. Es ist dies eine Vertikale, wie es wohl keine zweite mehr giebt.

lange, wie geessen wird. Gearbeitet wird von Morgens 7 Uhr bis Abends 4 Uhr. 14 Tage hält es wohl Einer aus. Dabei schimpft er einen Gefellen aus, wie es ihm in den Mund kommt. Briefe, die an die Gefellen gerichtet sind, öffnet er ober behält sie. So hatte er mir, als ich mich bei der Hauptkasse angemeldet hatte und das Mitgliedsbuch zurückgeschickt bekam, den Brief geöffnet. Die Zeitungen hat er mehrmals behalten. Darum, Kollegen, die Augen auf.

Krönstadt. Im Hinblick auf die geringen Lohnsätze und die lange Arbeitszeit am Orte, haben sich die hiesigen Tischler entschlossen, diesen Uebelständen abzuhelfen, indem sie am 26. Februar an die Meister folgende Forderungen gestellt haben: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit unter Verbeibehaltung des jetzigen Lohnes. 2. 10 pZt. Aufschlag auf Akkordarbeiten. 3. Für Ueberstunden ein Zuschlag von 10 pZt. pro Stunde. Wir können nun folgendes Resultat mittheilen, daß bereits vier Geschäfte unsere gestellten Forderungen bewilligt haben. In Betreff der übrigen Geschäfte ist uns nicht direkt eine ablehnende, aber eine dahin gehende Antwort zugegangen, daß wir uns veranlaßt sehen, die Kündigung in den betreffenden Geschäften am 4. März einzureichen. Wir gehen auch in diesen Geschäften unsere Forderungen auf gutlichem Wege durchzubringen.

Berlin. (Situationsbericht.) Da seit über einem halben Jahre kein Bericht von den Kammmachern und Berufsgeoffenen eingekandt ist, so gestatten wir uns, Folgendes zu berichten: Wie in vielen, ja man möchte sagen in den meisten Branchen, ist es auch in der Kamminindustrie. Nicht nur die Laubheit, sondern auch die verdamnte Interesslosigkeit und nebenbei die Beschränktheit, mit welcher die Kollegen der Organisation gegenüberstehen, ist nicht zu beschreiben. Wie aus früheren Berichten zu ersehen ist, machten wir Fortschritte, welche uns zu großen Hoffnungen berechtigten. Leider sind die Erfahrungen, welche wir in letzter Zeit durchmachen mußten, anderer Art. Vor kaum einem halben Jahre konnten wir in unseren Versammlungen immerhin eine stattliche Zahl von Kollegen erblicken, welche von Begeisterung für die gute Sache durchdrungen waren, während die letzte Versammlung vorigen Jahres im Dezember wegen schwachen Besuches nicht tagen konnte. In den Sonntagmorgensprachen lassen sich einige Kollegen aufnehmen, um nach einigen Wochen wieder zu verschwinden. Es scheint, als ob der Druck der hiesigen Unternehmer zu schwach wäre, um die Kollegen von der Nothwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Obgleich die Konjunktur hier eine rege genannt werden muß, so haben die Kollegen keine Forderung gestellt in Bezug auf 52 stündige Arbeitszeit und manches Andere. Es läßt sich kein Fall von Maßregelung feststellen, dennoch ist die Furcht vor einer solchen eine große zu nennen. Die Kollegen ziehen es lieber vor, zu liebdienern, zu Schmarozgen, in der Scheu, öffentlich als aufgestärkter Arbeiter zu gelten, und lehren der Organisation den Rücken, und zwar nur, um beim Arbeitgeber, welcher noch viel auf Dummheit und Unterthänigkeit giebt, in recht günstigem Lichte zu erscheinen. Kollegen, welche treu zur Sache stehen, werden möglichst angehört. Diejenigen Kollegen, welche solche Dienste leisten, büßten auch noch erfahren, wo der Hufe im Pfeffer liegt. Wir geben uns trotzdem der Hoffnung hin, daß noch nicht jedes Gefühl der Rechlichkeit, jeder Funke Ehrgefühl erloschen ist, sondern daß die Kollegen zur Einsicht kommen und unseren Einladungen zu den Werkstätten besser Folge leisten werden. Wir werden unser Möglichstes thun. Darum: Frisch an's Werk!

Beruburg. Die hiesige Filiale des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am 25. Februar in der Verbandsherberge, Steinstraße, eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Regelung von Lohnverhältnissen in den hiesigen Tischlereien. 2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongreß. Zum ersten Punkt der Tagesordnung schildert Kollege Schulz die hiesigen Verhältnisse. Vor Allem wies er auf die kolossale Ausbeutung seitens der Meister hin. Statistisch nachgewiesen verdienen die Tischler im Durchschnitt 26 pZt. Stundenlohn zum größten Theil in Akkordarbeit, ja verschiedene arbeiten für halbe Kost und 4 Lohn. Daß damit kein Mensch ein menschenwürdiges Dasein fristen kann, leuchtet wohl Jedem ein; diese Zustände haben wir nur der Gleichgültigkeit und der Interesslosigkeit der Kollegen selbst zuzuschreiben. Wären die Kollegen Mann für Mann in der Organisation und kämpften Schulter an Schulter, es sollte den Herren Krautern schon die Luft vergehen, eine derartige Ausbeutung an ihren Arbeitern vorzunehmen. In der Diskussion erklärten sich alle Redner dafür, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Abstimmung erfolgte einstimmig. Ein Antrag seitens des Kollegen Schulz, 32 pZt. Mindestlohn, für die, welche heute schon den Lohn haben, 10 pZt. Aufschlag, und für Ueberarbeit, jedoch nur in dringenden Fällen, extra 10 pZt., wurde einstimmig angenommen. In die Kommission wurden fünf Kollegen gewählt und soll die Forderung am 1. Mai in Kraft treten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Gorges-Magdeburg als Delegierter mit 25 gegen 2 Stimmen gewählt.

Bielefeld. Da die Forderungen, welche von den Tischlern gestellt, zum größten Theil wegen der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit gescheitert, wurde am Montag, den 6. März, der Streik proklamiert. Im Auslande befinden sich 213 Kollegen. Außerdem haben bereits 15 Arbeitgeber mit 39 Kollegen die Forderungen bewilligt. Leider sind schon 99 Arbeitswillige zu verzeichnen und zwar in den größten Werkstätten, die wir auch hier öffentlich bekannt geben. Es sind die Werkstätten Barck, Vorderbrügge und Egterbecker, diesen ist es zu verdanken, daß es zum Auslande gekommen, weil sie selbst mit den Unternehmern unterhandelt, anstatt dies der Lohnkommission zu überlassen. Jedoch denken die Kämpfenden den Sieg noch zu erringen und bitten deshalb die Kollegen allerorts den Bezug streng fern zu halten, damit sich unser Bündnis bewahrheitet. Gleichzeitig richten wir an die Kollegen Bielefelds den Appell, treu zur Fahne zu halten.

Bogum. In einer am 19. Februar stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach Kollege Erbert-Düffeldorf, Redner führte zuerst das Dresdener Urtheil an, wo eine Anzahl Arbeiter zu schwerer Strafe verurtheilt seien. Obwohl wir es nicht verkennen, daß sich dieselben gegen das Gesetz vergangen haben, so ist doch die Strafe entschieden zu hoch. Das Zucht-hausgesetz wirft seine Schatten schon voraus. Die Scharf-macher suchen auf alle mögliche Art und Weise das Vereins- und Versammlungsrecht zu beschneiden und die Arbeiter rechtlos zu machen. Wir finden auf einer Seite die Arbeiter, die ihre Waare Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen, auf der anderen Seite die Arbeitgeber, die billige Arbeitskräfte zu bekommen suchen. Leider finden sich noch viele Arbeiter, die für einen Hungerlohn arbeiten, weil sie noch nicht der gewerkschaftlichen Organisation angehören und als Einzelne nichts

gegen die Macht der Arbeitgeber ausrichten können. Es ist doch Pflicht eines jeden Arbeiters, sich zu organisiren und vereint mit seinen Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Viele Gewerkschaften haben sich über die gewerkschaftlichen Organisationen lobend ausgesprochen und erklärt, daß, wo einigermassen gute Verhältnisse bestehen, dieselben den Organisationen zu verdanken sind. Aber Leute, welche sich der Arbeiter annehmen, daß dieselben menschlich behandelt werden, sind den Kapitalisten unangenehm und werden aus ihren Stellungen verdrängt. Darum ist es nothwendig, daß alle Arbeiter ihrer Organisation beitreten, damit überall bessere Verhältnisse eingeführt werden. Auf die Einsicht der Unternehmer zu warten, daß dieselben von selbst die Arbeitszeit verkürzen und den Lohn erhöhen, wäre Thorheit; das kann nur durch die Gewerkschaften geschehen. Darum hinein in den Verband, und die Verhältnisse werden besser werden. Der Delegierte vom Gewerkschaftskongreß erstattete den Jahresbericht. Dann fand noch die Neuwahl der Gewerkschaftskongreßmitglieder statt. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband schloß die gut besuchte Versammlung.

Breslau. In einer am 25. Februar abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung referirte Kollege A. Köste aus Hamburg unter lebhaftem Beifall über „Die Entwicklung der Holzindustrie und die gewerkschaftliche Organisation“. Am Schlusse seiner andertalstündigen Ausführungen kam der Referent auch auf das Dresdener Urtheil zu sprechen. Nachdem in dieser Sache noch Kollege Wroßig das Wort ergriffen hatte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige, im „Volksgarten“ tagende öffentliche Versammlung der Holzarbeiter protestirt gegen das fürchterlich harte Urtheil im Dresdener Landfriedensbruchprozeß. Sie verurtheilt streng die von den Verurtheilten begangenen Noththaten, ist aber der festen Ueberzeugung, daß die ausgesprochenen furchtbaren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen in gar keinem Verhältnis stehen zu den Thatlichkeiten, zu welchen doch die Verurtheilten probozirt worden sind. Es wird dies Urtheil für die Klassenbewußte Arbeiterschaft ein unablässiger Ansporn sein, alle Kräfte aufzuwenden, um der großen Sache der Arbeiterorganisationen den Sieg und wahrer Gerechtigkeit freien Weg zu schaffen.“ Der Vorsitzende, Kollege Hedner, wies noch auf die verschiedenen Klassenlokale der Zahlstelle des hiesigen Holzarbeiterverbandes hin und ersuchte die Verbandsmitglieder um rege Theilnahme an den Zukunftsversammlungen. Die Versammlung schloß darauf mit einem Hoch auf den Holzarbeiterverband. Die Wahl zum Gewerkschaftskongreß ergab folgendes Resultat: Hedner-Breslau erhielt 182 Stimmen, Glocke-Berlin 108 Stimmen und Lindner-Görlitz 12 Stimmen; eine Stimme wurde für einen anderen Kollegen abgegeben.

Dresden. (Situationsbericht.) Nach kurzem Kampfe haben die Parteileger hier ein Resultat erzielt, womit wir zufrieden sein können. Nachdem die von Seiten der Organisation in der Vereinsparkefabrik A.-G. ausgenommenen Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt hatten, beschloß die am 2. März stattgefundene Versammlung, die gemachten Zugeständnisse zu akzeptiren. Ferner erklärten sich bereit die Firma Feßhender (Vertreter der Passauer Parkefabrik) und Otto Opfer. Die Firma Ritter & Co. hat den Tarif bis auf den Punkt „Auslösung“ anerkannt; hier will sie einen anderen Berechnungsmodus setzen. Den Kollegen wurde empfohlen, die Arbeit aufzunehmen, auf keinen Fall aber unter unseren Augen nach auswärts zu gehen, was sie auch versprochen. Da der Inhaber der Firma Louis Heine sich zu keinerlei Konzeßion bereit erklärte, so bleibt der Lohnkampf gegen diese Firma fortbestehen. Hierzu kommt noch die Firma A. Heumann, die zur Zeit nur zwei Mann beschäftigt. Ueber letztere zwei Geschäfte wurde die Sperre verhängt. Besonders die auswärtigen Kollegen werden ersucht, dies zu beachten. In der Fabrik photographischer Apparate, vorm. Sützig & Sohn A.-G., wurden letzte Woche zwei Kollegen entlassen, welche die Interessen ihrer Kollegen jederzeit vertraten, und von denen einer sogar 9 Jahre in Arbeit stand. Auf der einen Seite sucht man die Leute zu ködern; jeder erhält bei 10jähriger Beschäftigung eine goldene Uhr mit Kette, andererseits entläßt man die Leute, welche es wagen, die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten. Firmwahr, ein herrliches Bild zur Harmonie zwischen Arbeit und Kapital.

Frankfurt a. d. O. (Situationsbericht.) Betreffs der schon erwähnten Lohnreduzierung der Holzbearbeitungsfabrik der Firma Hugo Schüler ist Folgendes zu berichten: Es werden im Ganzen beschäftigt 10 Bildhauer mit 9 Lehrlingen, 9 Maschinisten, 4 Drechsler, 2 Verleimer (Tischler), 5 Möbeltischler, 2 Verpacker und 4 Hilfsarbeiter. Am 10. Februar d. J. wurde den Bildhauern, Maschinisten, Verleimern, ein reduzierter Lohn tarif übergeben und angekündigt, daß derselbe am 27. Februar in Kraft trete. Die Reduzierung beträgt bei den Bildhauern von 12 1/2 bis 50 pZt., Maschinisten, Verleimern, von 25 bis 66 2/3 pZt., den Fräisern von 22 bis 33 1/3 pZt., den Verleimern bis 75 pZt., Einem Bandsägeschnneider, der beständig auf Lohn arbeitet, wurden keine Abzüge gemacht. (Der Bruder des ersten Inhabers der Fabrik der jetzigen Firma ist nur Pächter derselben.) Einem Bandsägeschnneider wurde sogar ein Artikel zugelegt. (Derselbe ist Mitglied des Nationalsozialen Vereins.) Die Geschädigten wurden bei dem Werkmeister Bauer und auch bei dem Geschäftsführer Philipp vorkestellt, daß bei solchen Abzügen unmöglich gearbeitet werden könne. Es wurde ihnen einfach erklärt, daß abgezogen werden müßte wegen der Konkurrenz, und wenn es nicht gefalle, der könne ja kündigen. Der Chef, H. Schüler, läßt sich in der Fabrik selten sehen; von Einigen, welche seiner habhaft werden konnten, angesprochen, erklärte er ihnen zunächst dasselbe. Am 24. Februar beabsichtigten die betreffenden Kollegen durch eine Kommission mit Schüler sich zu einigen. Er erklärte, daß er mit Mehreren überhaupt nicht verhandle, sondern nur mit Einzelnen darüber sprechen wolle, jedoch jetzt krank sei. Sie sollten nur in die Fabrik gehen und probeweise weiterarbeiten, und wenn sie nicht zurecht kämen, könnte ja auf einzelne Artikel wieder etwas zugelegt werden. Dem Bevollmächtigten hiesiger Zahlstelle und einem Mitgliede des Gewerkschafts, Kollegen Mohs-Berlin, war es auch nicht möglich, den Chef zu sprechen. In einer Werkstättenversammlung, zu welcher leider noch nicht einmal alle betroffenen Kollegen erschienen waren, wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, die Arbeit zu den reduzierten Preisen nicht weiter zu führen und dieselbe niedezulegen. Die Niederlegung geschah am 27. Februar von 7 Bildhauern und 5 Maschinisten; 2 weitere melbten sich krank. Derselben Tages wurden einem Bandsägeschnneider die Entlassungspapiere zugelegt. (Vermuthlich als der Möbels-

führer.) Dieses veranlaßte die 4 Drechsler, 4 Möbeltischler und 1 Verleimer, sich solidarisch zu erklären und die Arbeit gleichfalls einzustellen, welches dem Chef, H. Schüler, durch einen eingeschriebenen Brief bekannt gegeben wurde. Schüler gewweigerte jedoch die Annahme desselben. Es wurde sonach den meisten Kollegen die Entlassung zugestelt. Der Geschäftsführer, sowie Werkmeister erklärten, keinen von den Streikenden je wieder einzustellen. Den weiter arbeitenden 2 Bildhauern, 2 Maschinisten und 1 Verleimer wurde erklärt, daß zu dem alten Tarif weiter gearbeitet würde. Alles Indifferent! Bemerkte sei noch, daß der eine Verleimer (Tischler), welchem der höchste Abzug zu Theil wurde, weiter arbeitete. (Kriegervereinsmitglied.) — In einer am 2. März abgehaltenen, gut besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung, in welcher das Mitglied des Gewerkschafts, Kollege Gült-Berlin, sprach, wurde die Handlungsweise der Unternehmer im Allgemeinen und die des Herrn Schüler im Besonderen, in klarer, verständlicher Weise geschildert. Auch in der Diskussion wurde die Handlungsweise mit den sonstigen Eigenschaften der Firma und deren Persönlichkeiten gebührend verglichen. Es wurde auch behauptet, daß diese Lohnreduzierung die vierte innerhalb von zehn Jahren sei. Zu bewundern ist es, daß gerade die langjährig thätigen Arbeiter der Fabrik, welche die vierte Reduzierung auch noch auf sich nehmen wollten, weiter arbeiteten. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 2. d. M. in dem Saale des Konjumervereins „Vorwärts“ tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung erachtet in der Lohnreduzierung der Firma Hugo Schüler eine Maßnahme, welche die Arbeiter derselben auf eine niedere Kulturstufe bringt, was sich mit einer empfehlenswerthen Firma, als welche solche am Orte gilt, durchaus nicht vereinbaren läßt. Die Versammlung erklärt sich mit den Ausständigen solidarisch und verpflichtet sich, die Nichtunterstützungsberechtigten dabei sind, diese nach Kräften zu unterstützen. Es wurde als sehr bedauerlich hingestellt, daß so wenig organisiert sind. Es waren von 10 Bildhauern 7 organisiert (Zentralverein der Bildhauer), von 9 Maschinisten waren vorher nur 2, von 4 Drechsler 2, von 2 Verleimern 1, von 5 Möbeltischlern 2 organisiert. Es traten jetzt dem Verbanne bei: 3 Maschinisten, 2 Drechsler, 1 Möbeltischler. Auch haben sich ein paar Arbeitswillige eingestellt, unter denen wohl kaum brauchbare Kräfte zu finden sind. Hoffentlich erkennen die Frankfurter Kollegen, daß durch festen Zusammenschluß in der Organisation derartige Vorkommnisse zu verhüten sind. An den deutschen Holzarbeitern liegt es, den Bezug fern zu halten.“

Freienthal a. d. O. Am hiesigen Orte wurde unter den Kollegen der Wunsch geäußert, eine Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes zu gründen. Daher veranstalteten wir am 9. Juli d. J. eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Ahrens-Berlin etwas Licht in die Reihen der Kollegen hineinbrachte. Daß seiner eindrucksvollen Rede schlossen sich zum größten Theil die Kollegen dem Verbanne an. Im Anfang war die Theilnahme an den Versammlungen eine gute, doch nach und nach hat es sich bewiesen, daß die sich im Anfang so rege betheiligenden Kollegen uns jetzt den Rücken gekehrt haben, aus welchen Gründen, ist uns unbekannt. Um die abtrünnig gewordenen Kollegen wieder in unsere Reihen zurückzuführen, beriefen wir am 18. Februar d. J. eine außerordentliche Versammlung ein, zu welcher alle im Orte anwesenden Mitglieder, sowie auch Nichtmitglieder eingeladen wurden. Kollege Mohs-Berlin referirte über Koalitionsrecht, Zwangsbindung und Gewerkschaftsgericht. Nach seinem einstündigen Vortrag wurde dem Referenten großer Beifall zu Theil; dies zeugte, wie gut er den Anwesenden das Nichtigste vor Augen geführt hatte. Zum Schluß erwähnte der Bevollmächtigte die Kollegen, fest und energig zum Verbanne zu halten, denn nur dadurch könnten die noch hier am Orte vorherrschenden Mißstände beseitigt werden. Daher ist es Pflicht eines jeden Kollegen, regelmäßig in den alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen zu erscheinen. Mit einem Hoch auf den deutschen Holzarbeiterverband schloß die von 28 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Heilbronn. (Situationsbericht.) Auch die Zahlstelle Heilbronn sieht sich veranlaßt, die Spalten der Fachpresse in Anspruch zu nehmen, da hier am Orte keine allzu rothigen Verhältnisse sind, was aber zum größten Theil den Kollegen selbst zuzuschreiben ist. Von den 400-450 hier arbeitenden Holzarbeitern sind 60 im Verbanne, aber auch von diesen sind in den Versammlungen Wenige zu sehen, hauptsächlich trifft dies die Bau- und Möbelschreiner von E. Dauer, wo circa 36 Mann beschäftigt sind, aber nur 4 oder 5 dem Verbanne angehören, und die Bau-schreiner von Schuster, wo man die dortigen Zustände sehr gut bessern könnte, wenn die Kollegen sich nur halbwegs herbeiließen, dem Verbanne beizutreten oder die Versammlungen zu besuchen. Aber durch ihre Gleichgültigkeit geht auch das im Jahre 1896 Errungene wieder verloren. Am 1. Januar d. J. ist in Bödingen wieder eine Filiale zur Zahlstelle Heilbronn entstanden mit ungefähr 14 Mitgliedern. Am 18. d. M. sprach in Heilbronn der Gauvorsitzer Kollege Raub aus Stuttgart über „Die Entwicklung der Technik mit Berücksichtigung der Klavierbranche“ und am 19. d. M. in Bödingen über das gleiche Thema. Der Vortrag war sehr interessant und lehrreich; das Nähere hier mitzutheilen, würde zu weit führen, nur sei noch erwähnt, daß er von Nichtmitgliedern gut besucht war, von Mitgliedern waren nur 18-20 anwesend. Kollegen Heilbronn, so kann und darf es nicht weiter gehen; wenn die Zahlstelle das sein soll, zu was sie geschaffen ist, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in die Versammlungen zu gehen und kräftig zu agitiren und die Indifferenten herbeizuziehen, denn hier könnte sehr viel erreicht werden, wenn der Klaviergeiß der Klavier-schreiner sowohl als der Bau- und Möbelschreiner aufhören würde und an dessen Stelle die Kollegen dem Verbanne beitreten würden. Vereint sind wir Alles, einzeln sind wir Nichts. Also Kollegen Heilbronn, am Samstag, den 11. März, findet unsere nächste Mitgliederversammlung im „Gasthaus zur Rose“, hier, statt; zeigt, daß Ihr einziges Ziel und höchstes Gut dem Verbanne an. „Denn kannst Du selbst kein Ganzes werden, so schließe Dich als dienend Glied an's Ganze an“, sagt der Dichter mit Recht.

Leipzig. In unserer außerordentlichen Generalversammlung lautete die Tagesordnung: 1. Wahl der Kassirer. 2. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. 3. Verbandsangelegenheiten. Zunächst berichtete Kollege Meisch, daß, nachdem die Wahl eines Kassirers in der ordentlichen Generalversammlung nicht zu Stande kam, weil die Arbeitslast für eine einzelne Person zu groß sei, man in mehreren gemeinsamen Sitzungen der Lokal-verwaltungsmitglieder zu dem Beschluß gekommen sei, einen

ersten und zweiten Kassierer und vier Bezirkskassierer zu wählen. Die Generalversammlung stimmte dem zu und gingen aus den Wahlen die Kollegen Ehrlich als erster, Nothe als zweiter Kassierer hervor. Als Bezirkskassierer wurden gewählt die Kollegen: für Norden Goyfich, für Westen Jakob, für Osten Uebe und für Südwesten Rörger. Zu Revisoren wurden folgende Kollegen gewählt: Geil, Saalbach, Spier, Gerharbi und Ohmann. Als Lokale, wo Sonnabends von den Bezirkskassierern Beiträge entgegengenommen werden sollen, wurde für Osten Thüringer Hof, Wollmarstraße, für Westen, Erholung, Lindenau, für Norden, Mühlhof, Gohlis und für Südwesten, Bürgergarten, Kleinschlocher angesehen. Zum 2. Punkt wurde Kollege Umbreit als Kandidat für den Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der vom 8. Mai d. J. an in Frankfurt a. M. Wodenheim tagen wird, aufgestellt. In dem Referat, das Kollege Umbreit übernommen hatte, führte derselbe aus, daß auf diesem Kongress nicht, wie dies meist bei früheren war, die Organisation im Vordergrund stehe, sondern wohl der Ausbau derselben die Hauptfrage bilde. Referent kam dann auf die Tagesordnungspunkte zu sprechen und besprach sehr ausführlich und gemeinverständlich die Frage der Gewerkschaften, der Arbeitersekretariate, der Arbeitsvermittlung und die Tarifgemeinschaftsfrage. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Zum 3. Punkt gab Kollege Meusch bekannt, daß einem Kollegen als Gemahregeltenunterstützung von der Lokalverwaltung M. 30 zugesprochen worden sind.

München. In einer öffentlichen Versammlung von Holzarbeitern, welche den großen Saal des Münchener Kindl-Keller am Sonntag, den 26. Februar, bis auf den letzten Platz füllte, sprach Kollege Ant. Raith über das durch immer neue und traffe Vorfälle bereicherte Thema: „Das heutige Submissionswesen und seine Folgen für die Arbeiter“. Redner beleuchtete in anderthalbstündigem Vortrage das Submissionswesen als einen Mißstand, bei welchem eine große Anzahl von Gewerksmeistern sich selbst „hineinlegt“, und verwies auf die Bestrebungen der Handwerksmeister, dem Submissionswesen den Garaus zu machen. Ebenso die Bestrebungen einzelner Städte, Worms, Mannheim, Mainz, Berlin u., welche durch verschiedene Bestimmungen dem größeren Unfuge zu steuern glauben, betonend, daß in allen diesen Bestimmungen ein Zug charakteristisch ist, daß man die Arbeiter, die doch die schlimmsten Auswüchse auf ihren Schultern zu tragen haben, dabei als nicht vorhanden betrachtet, was die soziale Gerechtigkeit dieser Behörde zur Genüge kennzeichnet. An drastischen Beispielen führte er den Kollegen vor Augen, welche Folgen für dieselben dadurch entstehen. Er forderte, daß die Arbeiter dahin wirken sollen, daß Bestimmungen aufgenommen werden, wonach die Meister verpflichtet werden sollen, die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen einzuhalten, falls ihnen der Zuschlag erteilt werden sollte, ebenso Bestimmungen über die Garantieung der Bezahlung des in diesem Orte und dem betreffenden Gewerbe üblichen Lohnes. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Münchener Kindl-Keller abgehaltene, von über 2500 Holzarbeitern besuchte Versammlung erklärt: In Erwägung, daß die ganze technisch-wirtschaftliche Entwicklung, in Gemeinschaft mit den immer größer werdenden Anforderungen, die in Bezug auf Arbeitsleistung an den einzelnen Arbeiter gestellt werden, eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit erheischt, sofern nicht ein Theil der Arbeiter von der Produktionsmöglichkeit ausgeschlossen werden und dadurch der realen Existenzmöglichkeit verlustig gehen soll; ferner in Erwägung, daß es dem Arbeiter immer schwerer wird, den zum Leben notwendigen Lohn bei den gesteigerten Lebensmittel- und Wohnungspreisen noch zu verdienen; in ferner Erwägung, daß der im Wesen der heutigen Wirtschaftsweise liegende, ohnehin schon so unheilvolle Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Geschäften durch das Submissionswesen noch mehr verschärft wird, erklärt die Versammlung, es sei das Bureau bereit, zu beauftragen, dem Stadtmagistrat das Ansuchen zu unterbreiten, er wolle das Stadtbauamt beauftragen, daß bei Submissionen nur derjenige Unternehmer den Zuschlag erhält, der 1. sich zur Zahlung und Garantieung des Tagelohnes von M. 4.50 verpflichtet, 2. sich verpflichtet, die zwischen den Holzarbeitern und der Meisterschaft vereinbarte Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden täglich und eine Verfahrungsordnung einzuhalten. Ferner wird das Bureau ermächtigt, sich zwecks gemeinsamer Verhandlungen mit der Vereinigung der Meisterschaft des Schreinerhandwerks in's Benehmen zu setzen.“ Von den zahlreich anwesenden Meistern meldete sich keiner zum Wort.

Köln. Die Zustände, welche gegenwärtig in der hiesigen Möbelfabrik von A. Strobelberger vorhanden sind, sind derartig traurige, daß wir uns veranlaßt sehen, auch den auswärtigen Kollegen dieselben an dieser Stelle mitzuteilen. Fast kann man sagen, schon seit unserem Streit ist es der reine Laubensdienstag geworden, denn obgleich Herr Strobelberger damals erklärte, den Lohn, womit ich die Leute einstellte, sichere ich ihnen auch bei Affordarbeit, so hat er dieses Versprechen schlecht gehalten, denn da die Preise bis auf das Mindeste heruntergefallen sind, kommt es fast immer, daß die Kollegen die letzte Woche, wenn der Afford fertig ist, mit M. 15, 12, 8, auch 6 nach Hause gehen müssen. Kommen sie dann zu Herrn St., so wird ihnen erklärt: „Es gibt nicht mehr, wenn's Ihnen nicht paßt, halten Sie auf“, und so kommt es, daß die Kollegen der Fabrik schon nach einigen Wochen den Rücken kehren. Aber nicht bloß neue Kollegen, sondern Leute, welche dort schon jahrelang arbeiten und schon eingearbeitet sind, verlassen die Fabrik, weil es ihnen nicht möglich ist, einen Lohn zu verdienen, um sich und ihre Familie auch nur kärglich zu ernähren. Wie es diesem Herrn wohl vorzukommen würde, wenn er für M. 12 oder gar M. 6 sich und seine Familie die Woche durchschlagen sollte; es wäre ihm doch einfach, eine Unmöglichkeit. Aber nicht immer freiwillig verlassen die Kollegen die Fabrik, sondern Herr St. gibt ihnen auch den Vorwand, ohne Rücksicht darauf, wie lange dieselben schon für ihn gearbeitet haben. So sind kürzlich zwei Mann (Peter und Egon), die das Feigen und Polieren besorgten und die natürlich immer in Lohn gearbeitet haben, kurzer Hand entlassen worden, trotzdem der Peter schon einige dreißig Jahre und der Egon auch schon mehrere Jahre dort gearbeitet hat. Ihren Höflichkeit erreichen die Verhältnisse jedoch erst, indem der neue Werkführer aus Nürnberg dort eingemessen ist, seit welcher Zeit immer noch an den Arbeiten Verbesserungen vorgenommen werden, ohne den geringsten Rücksicht hierauf. Bezüglich wollen wir noch die Arbeitszeit, welche dort jetzt eingehalten ist. Es wird gearbeitet von Morgens 6 1/2 bis 12 und von Nachmittag 2 bis Abends 6 1/2 Uhr, ohne jegliche Pause. Am 1. März wird eine Versammlung der Kollegen der hiesigen Möbelfabrik stattfinden, welche diese Verhältnisse gegen die Fabrik darzulegen und zu machen. Die meisten haben eine

Kommission, welche demnächst mit Herrn Strobelberger in Unterhandlung treten soll zwecks Wiedereinführung der halbtägigen Frühstückspause und Sicherung von M. 18 Mindestlohn pro Woche. Die Kollegen waren auch der Ansicht, daß viele kleinere Mißstände nur durch Schuld des Werkführers vorhanden, und Herrn St. gar nicht bekannt wären, und glauben durch Darlegung derselben, daß ihnen ihre gerechten Forderungen bewilligt werden.

Lüdingen. Nach langer und schwerer Arbeit ist es uns gelungen, die hiesigen Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und dieselben für unseren Verband zu gewinnen. Die äußerst traurige Lage der hiesigen Schreiner veranlaßte dieselben, etwas für die Besserstellung ihrer Lage zu thun und den Meistern zu zeigen, daß sie nicht bloß willenlose Werkzeuge in den Händen der Arbeitgeber sind. Zu diesem Zwecke fand am 26. Februar eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Weims aus Stuttgart über die Verkürzung der Arbeitszeit referierte und sodann beschlossen wurde, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es wurden hierauf folgende Forderungen aufgestellt: Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und einen Minimallohn von M. 2.40. Diese äußerst geringen Forderungen sind den Meistern in den letzten Tagen zugegangen und hoffen wir, daß dieselben anstandslos bewilligt werden, besonders auch, da in den meisten Städten Württembergs die Kollegen besser gestellt sind als wir, und in der Muesenstadt Lüdingen die Lebensmittel- und Wohnungspreise in gar keinem Verhältnis stehen zu denen der anderen Städte. Kollegen! an Euch liegt es nun, diesen geringen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, und darum fordern wir Euch nochmals auf, sollten die Meister gewillt sein, es auf einen Kampf ankommen zu lassen, daß Ihr dann Mann für Mann einsteht, mit zu kämpfen, mit der Parole: „Einer für Alle, Alle für Einen!“

Widerruf. Veranlaßt durch das fortgesetzte Steigen der Lebensmittelpreise und Wohnungsmiethen haben die hiesigen Kollegen beschlossen, Anfang März folgende Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen: 1. 58 stündige Arbeitszeit pro Woche. 2. Eine Lohnhöhung von 5-10 p. Ct. 3. M. 18 Mindestlohn für gelernte Arbeiter. 4. Lohnzahlung Sonnabends 4 Uhr. Von der Forderung auf Abschaffung der Ueberstunden konnte abgesehen werden, da solche seit dem 1898er Streit, welcher gewonnen wurde, nicht mehr gemacht werden. Da von circa 180 hier beschäftigten Holzarbeitern über 150 organisiert sind und der Geschäftsgang gegenwärtig als gut zu bezeichnen ist, kann mit Sicherheit auf Erfolg gerechnet werden, wenn es gelingt, den Bezug fern zu halten. In einer am 4. März abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung, wurde nun der 6. März als Termin festgesetzt, an welchem obige Forderungen den Arbeitgebern schriftlich zugestellt werden sollen. Antworten werden bis spätestens den 28. d. M. erbeten. Zugug von Tischlern und Drechslern ist streng fern zu halten.

Bericht der ersten Konferenz des 14. Ganes, abgehalten am 26. Februar in Peine.

Vertreten waren 20 Zahlstellen durch 25 Delegierte sowie der Gauvorstand. Die Zahlstelle Hann.-Münden war nicht vertreten. In's Bureau wurden als Vorsitzende Kollege Becker-Hannover und Wiegell-Kassel gewählt, als Schriftführer wurden Kormann und Bachhaus-Peine ernannt. Als Tagesordnung wurden folgende Punkte erledigt: 1. Bericht des Gauvorstandes über die verlossene Geschäftsjahresperiode. 2. Lohnbewegung und Agitation der nächsten Zeit. 3. Verschiedenes und Anträge. Der Bericht des Gauvorstandes giebt Becker-Hannover. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. August 1898 bis 26. Februar 1899. Im Berichte wird erwähnt, daß in dieser Zeit 55 Versammlungen stattfanden, zu denen der Gauvorstand Referenten stellte. Im Ferneren waren 6 Kassenrevisionen notwendig und 8 sonstige Sachen wurden erledigt. Auszufahren waren 10 Aufträge des Hauptvorstandes, auch wurden 23 Sitzungen mit Werkstätten und Fabriken abgehalten, sowie 12 Gauvorstandsitzungen. Bei Streiks und Differenzen mußte viermal eingegriffen werden.

Anknüpfungspunkte wurden gesucht in Bunsdorf, Gishorn und Ebdagen; es befindet sich dort eine Anzahl Einzelmitglieder. Gelungen ist es, in Hannover die Stellmacher, Knopfdrechsler, Bürtstimmacher und Korbmacher wieder zu organisieren. In Alfeld ist versucht, die Arbeiter einer dortigen Leistenfabrik zu organisieren; doch ist der Erfolg ein minimaler, während in Gildesheim ein recht erfreuliches Wachstum der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. In Bodenwerder und Dohlfhausen wurde versucht, Zahlstellen zu gründen, und scheint es, als ob dieses in nächster Zeit gelingen werde.

Der Verkehr mit den einzelnen Zahlstellen war ein recht reger. Es sind in der Berichtszeit eingegangen 134 Schriftstücke, während 212 Schriftstücke, 7 Drucksachen, 2 Telegramme, 129 Einladungen zu Versammlungen und Sitzungen und 1 Rundschreiben an sämtliche Zahlstellen ausgingen. Es war, wie aus dem Bericht zu ersehen, eine arbeitsreiche Periode.

An den Bericht schloß sich eine lebhaft Diskussions, die im ergänzenden Sinne gehalten war.

Der Kassenbericht für die Zeit vom 1. August 1898 bis 1. Januar 1899, vom Gaukassierer Scholz-Hannover gegeben, stellt sich wie folgt:

Einnahme.	
Bestand vom vorigen Halbjahr.....	M. 18,34
Aus der Hauptkasse.....	388,15
Freiwillige Beiträge.....	16,-
Telleransammlungen.....	34,85
Sonstiges.....	6,50
Summa.....	M. 463,64
Ausgabe.	
An Diäten und Fahrgebeln an Referenten.....	M. 162,90
für sonstige Reisen.....	115,80
Drucksachen und Inserate.....	65,60
Porto und Schreibmaterial.....	24,55
Personliche Verwaltungskosten.....	100,-
Sonstiges.....	29,80
Summa.....	M. 497,65
Bilanz.	
Einnahme.....	M. 463,64
Ausgabe.....	497,65
Rehransgabe.....	M. 34,01

Eine Kommission, bestehend aus den Delegierten Marx-Gelle, Detmering-Kassel, Gahn-Hannover, Braun-Gildesheim, welcher die Kassenrechnung ablag, heißt mit, daß jeder mit

Belege in bester Ordnung befunden seien und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschähe.

Zum zweiten Punkt, Agitation und Lohnbewegung der nächsten Zeit, spricht der Gauvorsteher Becker-Hannover. In seinem Referat wünscht derselbe, daß das Hauptgewicht auf die Agitation von Mund zu Mund gelegt werde, das Einberufen von Werkstättenversammlungen sei sehr zu empfehlen, da hierdurch bisher die besten Erfolge erzielt seien. Im Ferneren sollten die Verbandsmitglieder durch ihr Betragen den Indifferenten gegenüber in und außer der Werkstätte imponieren, damit jene nicht Gelegenheiten hätten, sich auf ihr eventuelles Verhalten berufen zu können. Gewicht müsse darauf gelegt werden, daß die einmal gewonnenen Mitglieder dem Verbands erhalten bleiben; als ein geeignetes Mittel empfiehlt Redner das Einkassieren der Beiträge. Eine intensive Agitation sei auch in Zukunft unerlässlich, vornehmlich müsse auch das Augenmerk auf die kleineren Orte gerichtet werden, da von dort aus den größeren Städten eine große Konkurrenz gemacht werde. Redner empfiehlt folgende Anträge zur Annahme:

I. „Die einzelnen Zahlstellen sind verpflichtet, von Zeit zu Zeit die umliegenden Orte im Umkreise von zwei Stunden agitatorisch zu bearbeiten, um, wenn Mitglieder sich dort befinden, die Beiträge einzuziehen.“

II. „Die einzelnen Zahlstellen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß von benachbarten Mitgliedern, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dieselben abgeholt werden.“

III. „Betreffs der Lohnbewegung beschließt der Gautag: Es ist darauf hinzuwirken, daß in der nächsten Zeit in allen Orten des Gaues das Kost- und Logiswesen beim Meister abgeschafft wird. Im Ferneren haben jene Kollegen zunächst vorzugehen, welche eine längere als zehnstündige Arbeitszeit haben.“ Nach lebhafter Debatte werden alle drei Anträge einstimmig angenommen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung findet ein Antrag Wiegell-Kassel einstimmige Annahme. Derselbe lautet: „Die einzelnen Zahlstellen sind verpflichtet, dem Gauvorstande halbjährlich ausführlich Bericht zu erstatten. Zu diesem Zwecke sind seitens des Gauvorstandes den einzelnen Zahlstellen vordruckte Formulare zuzustellen; dieselben sollen dem Sommer- und Winterhalbjahr angepaßt und demgemäß ausgefüllt pünktlich eingeleitet werden.“

Auch der folgende Antrag wird angenommen; „Der Gauvorstand wird beauftragt, die Agitation in den Kassen näher gelegenen Orten nach Möglichkeit der Zahlstelle Kassel zu überweisen. Die aus den einzelnen Aufträgen entstehenden Kosten trägt die Kasse.“

Auch der Antrag: „Der Gauvorstand wird beauftragt, halbjährlich einen Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen, sowie die Berichte des Gauvorstehers und Kassierers 14 Tage vor jedem Gautage den Zahlstellen zuzustellen.“ findet Zustimmung. Beschlossen wird ferner, dem Gauvorsteher auch in Zukunft pro Woche M. 5 Vergütung zu zahlen; der Kassierer soll eine Vergütung von jährlich M. 15 erhalten.

Einstimmige Annahme nach lebhafter Debatte findet ein Antrag Föhler-Wehlheiden: „Der Haupt- und Gauvorstand wird erucht, behufs Sammlung von Material zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Laufe dieses Jahres entsprechende statistische Erhebungen zu veranstalten, und auf Grund dieser dem nächsten Verbandstage geeignete Vorschläge zur Einführung der Unterstützung zu machen.“

Auch ein Antrag Heine-Bodenem wird angenommen: „Der Gauvorsteher ist verpflichtet, regelmäßig, wenn möglich halbjährlich, die kleineren Zahlstellen zu besuchen.“

Nachdem noch beschlossen, den nächsten Gautag in zwei Jahren wenn möglich in Hannover stattfinden zu lassen, und seitens des Gauvorstehers den Delegierten für ihre geleistete Arbeit Dank ausgesprochen, wurde mit dem Wunsche, daß die Beschlässe der Organisation zum Nutzen gereichen möchten, der erste Gautag mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

An die Bautischler Deutschlands! (Barkettbodenleger, Einleger.) Am 19., 20. und 21. März findet in Berlin ein Bauarbeiterkongress statt. Derselbe nimmt zu folgenden Fragen Stellung: 1. Bauhewinkel. 2. Submissionswesen. 3. Unfallgefahr auf Bauten. 4. Die sanitären Zustände auf Bauten. Da nun die Bautischler der verschiedenen Kategorien an allen diesen Fragen interessiert sind, so ersuchen die unterzeichneten Delegierten, die in Berlin in einer öffentlichen Bautischler-versammlung gewählt wurden, die Kollegen in Deutschland, Stellung zu dem Kongresse zu nehmen. Dieselben können Delegierte auf eigene Kosten nach Berlin senden, oder ihre besonderen Wünsche formulieren und den Unterzeichneten bis zum 18. März einsenden. Die eingesandten Wünsche werden dann von den Unterzeichneten auf dem Kongress vertreten. M. Klep. A. Kühne. Rudolf Willarg, Berlin S., Annenstr. 16.

Die Differenzen mit der Firma Bruno V&S Co. in Grimmitzschau sind zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt. Bericht folgt in nächster Nummer.

Die Differenzen in Riedth bei Görtitz sind beigelegt. Berichtigend wollen wir noch bemerken, daß die bisherige Arbeitszeit 66 1/2 (nicht 67 1/2) Stunden betrug.

Der Tischlermeister Schwarz in Esterow hat sich bereit erklärt, seinen Gesellen die Selbstbeschäftigung zu gewähren, daher ist die Sperre aufgehoben worden.

Ueber die Firma Lewinsohn Edhne in Bantberg a. d. B. wurde die Sperre verhängt.

Die Schreiner und Holzdreher in Mannheim sind in eine Lohnbewegung eingetreten, indem sie dieser Tage an die Arbeitgeber in diesen Berufen ihre Forderungen verhandelt haben. Sie verlangen, daß in sämtlichen Werkstätten die 9stündige Arbeitszeit bei 1 1/2 stündiger Mittagspause eingeführt werde, ohne Kürzung des bisherigen Tagesverdienstes, resp. 86 1/2 Minimalstundenlohn. Für Ueberzeitarbeit 26 p. Ct. Zuschlag und Auszahlung dieser Bestimmungen in allen Arbeitsräumen. Die größere Hälfte der in Betracht kommenden Arbeiterkategorie befragt die 9stündige Arbeitszeit schon. Zunächst hat sich die Lohnkommission nicht nur an sämtliche Meister, sondern auch noch an die hier bestehende Meistersvereinigung gewandt, um mit dieser in Verhandlungen zu treten. Von der Annahme dieses

Vorschläge, resp. von dem Ausfall der Verhandlungen wird es wesentlich abhängen, ob es in diesem Jahre zu einem Ausstande unter den Holzarbeitern in Mannheim kommen wird.

Achtung, Stockarbeiter! Die Arbeiter der Stockfabrik von E. H. Richter in Malmö (Schweden) sind in den Ausstand getreten. Die deutschen Kollegen werden ersucht, den Bezug von Malmö fern zu halten. Die Forderung der Arbeiter ist eine sehr bescheidene; sie verlangen 18-20 Kronen Wochenlohn bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit.

Achtung, Tischler (Schreiner)! In Bern (Schweiz) haben zum 11. März 850 Schreiner gekündigt. Gefordert werden 4 Franken Minimallohn.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise in Berlin. Der Zentralverein für Arbeitsnachweise hatte bekanntlich eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Normalstatuts für paritätische Fach-Arbeitsnachweise beauftragt. Diese Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten beendet und sich einstimmig auf ein Statut geeinigt, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Die Verwaltung und Beaufsichtigung des für ein bestimmtes Gewerbe errichteten Fach-Arbeitsnachweises liegt einem Kuratorium ob, das aus je vier Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einem Mitgliede des Vorstandes des Zentralvereins für Arbeitsnachweise als unparteiischen Vorsitzenden besteht. Im Einzelnen hat das Kuratorium folgende Aufgaben: Regelmäßige Revision des Arbeitsnachweis-Vertriebes durch seine Mitglieder, Entscheidung über Beschwerden der den Arbeitsnachweis benutzenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Festsetzung der Normen für die Einrichtung und den Betrieb des Arbeitsnachweises, Wahl der Beamten des Arbeitsnachweises und Festsetzung der Anstellungsbedingungen. Die Arbeitsvermittlung geschieht grundsätzlich kostenlos; doch wird von dem den Arbeitsnachweis benutzenden Arbeitnehmer eine Kontrollgebühr von 20 % erhoben, dessen Erträgnis in einen Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeitnehmer fließt. Das Statut enthält keine Vorschriften, welche irgendwie die Freiheit der Arbeitgeber in der Annahme der Arbeiter und die Freiheit der Arbeiter in der Annahme von Arbeit beeinträchtigt.

Ein Kongress der Textilarbeiter und Arbeiterinnen des Großherzogthums Baden findet am 2. April in Bruch statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betrifft die Gründung eines Agitationskomitees für das Großherzogthum Baden. Es dürften nunmehr bis Ostern in sämtlichen Bundesstaaten Deutschlands Textilarbeiter-Kongresse einberufen sein. Die Abhaltung eines allgemeinen deutschen Textilarbeiter-Kongresses ist für dieses Jahr nicht geplant, ebenso findet der internationale Textilarbeiter-Kongress, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, erst im nächsten Jahre statt.

Der Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes erläßt folgende Bekanntmachung: In letzter Zeit sind mehrfach Streiks ohne Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts inszeniert worden. Wir verweisen in dieser Beziehung auf § 21 des Statuts, mit dem Bemerkung, daß die Nichtachtung der betreffenden Bestimmungen die Nichtanerkennung des Ausstandes und Verweigerung der Unterstützung aus Verbandsmitteln nach sich zieht. Besonders aber warnen wir vor der Inszenierung von Streiks wegen Maßregelung einzelner Personen, ehe der Vorstand über dieselben zu Rathe gezogen worden ist. Hierdurch wird am besten bewiesen, wie sehr gerade die Gewerkschaften bestraft sind, die Streiks zu vermeiden, so lange es eben möglich ist.

Berliner Bäckerbewegung. Wie die „Nationalztg.“ meldet, ist die Schaffung einer Zentralstreikkommission der Bäckermeister Berlins in einer Versammlung der Meister-Bezirksvereine beschlossen worden. Die Vertrauensmänner der Gesellen beschlossen, falls eine Einigung mit den Meistern nicht zu Stande komme, vor der Proklamierung des Generalstreiks unter den Gehilfen eine Urabstimmung über diese Frage durch Fragebogen zu veranstalten.

Die Maurermeister in Sangerhausen wollen jeden Gesellen, der nicht für 28 % pro Stunde arbeiten will, zwar nicht einsperren lassen - soweit sich noch nicht gekommen - aber sie haben sich bei 1000 Konventionalstrafe verpflichtet, keinen Gesellen einzustellen, der ihnen nicht schwarz auf weiß bescheinigt, daß er im Jahre 1898 keinen höheren Lohn beansprucht. Die Gesellen gingen nämlich in ihrer Begehrlichkeit soweit, einen Fünfer mehr für die Stunde zu verlangen.

Die Gewerkschaftsbewegung der Niederlande 1898 schildert die „Leipziger Volkszeitung“ also: Die ganze niederländische Gewerkschaftsbewegung wird ungefähr 25 000 Mann organisiert haben. An Ausständen waren nur zwei bedeutende zu verzeichnen; der der Kattunarbeiter in Ameloo und der der Zimmerleute in Amsterdam. Beide waren ohne Erfolg. Nur die Zigarrenarbeiter haben im vergangenen Jahre ihre Organisation bedeutend verstärkt. Das Jahr 1898 war ein stilles Jahr. Es brachte keine Katastrophen und kein riesiges Vorwärtsschreiten.

Ein gewaltiger Industriekampf steht England bevor. Die Unternehmer haben bekannt gegeben, daß sie vom 6. März an alle Mitglieder des Gewerkschafts der Stukkateure von der Arbeit ausschließen werden. Die Geschichte des Ausschusses ist recht lehrreich, sie zeigt deutlich, daß der neue Unternehmerverband keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um die Fehler der organisierten Arbeiter zur Bekämpfung der Organisation auszunutzen. Vor einiger Zeit erklärte das Distriktskomitee der Stukkateure in London, daß die Mitglieder des Gewerkschafts bei gewissen Unternehmern die Arbeit einstellen müßten, falls diese nicht ihre Arbeiter veranlassen, dem Gewerkschaft als Mitglieder beizutreten. Da nun die Statuten des Vereins bestimmen, daß nur wirklich arbeitende Personen Mitglieder sein können, so war dieses Verlangen, soweit ausführbare Personen in Betracht kamen, unausführbar, und das Distriktskomitee sah sich denn auch dem eigenen Vereine gegenüber nicht in der Lage, seine Forderung genügend begründen zu können. Der Vereinsvorstand erklärte sich gegen das Vorgehen des Distriktskomitees, und in einer Generalversammlung wurde beschlossen, dem Unternehmerverbande mitzutheilen, daß der Verein

das Benehmen des Londoner Distriktskomitees nicht billige und für ungültig erklärt hätte. Damit hätte die Sache ihre Entscheidung finden können, wenn sich der neue Unternehmerverband nicht gleich der Angelegenheit bemächtigt und beschlossen hätte, dem Verbande der Unternehmer der Stukkateurebranche alle nötige pekuniäre Beihilfe zu Theil werden zu lassen. Das Nachgeben des Gewerkschafts kam den Unternehmern daher recht ungelegen, denn man wollte sich die günstige Gelegenheit, eine Union zu zertrümmern, nicht entgehen lassen. Infolgedessen wurde den Stukkateuren von Seiten der Unternehmer eine Reihe von Gegenforderungen gestellt, welche diese unmöglich annehmen konnten, ohne ihre Rechte als Union ganz aufzugeben. Die Unternehmer verlangten unter Anderem, daß die Union auf das ihr gesetzlich zustehende Recht verzichtet sollte, in Zirkularen ihre Mitglieder vor der Arbeit bei gewissen Firmen zu warnen, und daß sie ferner das Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsverhältnisse aufgeben sollte. Wir sehen hier wieder dieselben Unternehmerforderungen, welche dazu dienen mußten, den Maschinenbauerkampf herbeizuführen, und welche nach diesem Kampf zu einem Angriffs-vorwand auf die schottischen Möbelschleifer herhalten mußten. Der Verein der Stukkateure, welcher Anerkennung erwarbt hatte dafür, daß er in durchaus unparteiischer Weise den Uebergriffen seiner Londoner Mitglieder entgegengetreten war, sah sich nun plötzlich einem Verlangen gegenüber, welchem er nicht willfahren konnte; er versuchte in gemessener Antwort dem Unternehmerverbande klar zu machen, wie unmöglich es wäre, auf alte Rechte zu verzichten. Auf die Antwort der Stukkateure erfolgte am 16. Febr. ein Ultimatum der Unternehmer, in welchem diese einfach Annahme ihrer Forderungen ohne jede weitere Erörterung verlangten. Die Herren wußten recht gut, daß dies ganz unmöglich sein würde; als aber trotzdem die Stukkateure, statt dieses beleidigende Verlangen kurzer Hand abzulehnen, mittheilten, daß sie die Unternehmerforderungen einer allgemeinen Mitgliederabstimmung unterbreiten hätten und erst am 1. März das Resultat dieser Abstimmung mitzutheilen fähig sein würden, da waren nun die Unternehmer in der offenkundigen Verleumdung, daß die Mitglieder nachgeben könnten, die Waise, daß es ihnen nur um einen Ausgleich zu thun wäre, ab und erklärten, aus dieser Antwort zu ersehen, daß man ihrem Wunsche nicht willfahren wollte, und daß sie deshalb für den 6. März den Ausschluß aller Vereinsstukkateure in ganz England beschlossen hätten. Damit ist also ein neuer, über ganz England sich ausbreitender Kampf eröffnet, der erste, welcher mit dem Gelde des neuen, alle Berufsstände umfassenden Unternehmerverbandes geführt werden wird.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wie man uns behandelt. Die organisierten Holzarbeiter in Wilsdruff, die hier den Ton in der Arbeiterbewegung angeben, haben abermals ein schönes Polizeistückchen über sich ergehen lassen müssen. Der Fachverein wollte ein Vergnügen abhalten; es fehlte dazu weiter nichts, als die Erlaubnis der Behörde. Der Bürgermeister, der vorher das Lokal, in dem das Fest abgehalten werden sollte, befehligt (!) hatte, verweigerte die Erlaubnis, weil das Lokal angeblich nicht feuerfester (!) genug sei. Dazu sei bemerkt, daß der Saal zwei Treppen und drei Ausgänge hat und dort regelmäßig öffentlicher Tanz abgehalten wird. Der wahre Grund wird aber in dem betreffenden Bescheid noch sehr hübsch zugegeben. Da heißt es nämlich, es sei nach den gemachten Erfahrungen als „naheliegender zu vermuten“, daß unter dem Deckmantel harmloser Vergnügungen soziale demokratische Agitation betrieben werden sollte. Der echt sächsische Bescheid ist bezeichnenderweise nicht dem Vorstand des Vereins, sondern dem Wirth des fraglichen Lokals zugestellt worden.

Einem ähnlichen Was hat der Amtshauptmann in Pirna in die Welt gesetzt. Im Machtbereich dieser Behörde, in Großschadowitz, sollte eine öffentliche Opferversammlung in einem Lokale stattfinden, in das nach Ansicht der Amtshauptmannschaft nur etwa 30 Personen gingen. Weil aber diese Behörde ganz willkürlich voraussetzte, daß mehr Personen zur Versammlung erscheinen würden, verbot sie diese einfach, da gegebenenfalls einer größeren Anzahl von Personen der Zutritt verweigert werden müßte. Jetzt kommt aber das Schönste noch. Es heißt nämlich am Schluß des Verbotes wörtlich: „Von den Auszuschließenden aber würden Zusammenrottungen und bezw. Störungen des öffentlichen Verkehrs und der allgemeinen Ruhe und Ordnung zu befürchten sein.“ Solch wahrhaft klaffische, salomonische Weisheit wird Jedem mit tiefer Bewunderung erfüllen. Es geht nichts über die sächsische Polizeiwissenschaft, durch die unser „Juwel“ noch weiter in sozialistengesetzlichem Geiste abgeschliffen wird. Mit den Arbeiterrechten muß es dabei natürlich sehr windig ausfallen.

Bei der Lohnbewegung der Wiesbadener Tischler darf natürlich nach berühmten Mustern die Polizei nicht fehlen. Sie erließ eine Bekanntmachung in den Lokalsblättern, daß das Streikpostenstehen verboten sei und eventuell die Postenstehenden einer strengen Bestrafung entgegensehen. Trotz alledem war die Kontrolle der Werkstätten seitens der Streikenden eine vorzügliche.

Die Zahlstelle Harburg des Verbandes der Holzarbeiter ist von der Polizei auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes aufgelöst worden. Der Verein soll in seinen Versammlungen politische Angelegenheiten erörtern haben.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 23. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nochmals das Dresdener Urtheil. - Die Vereinigten Staaten im Jahre 1898. Von M. Beer. (Schluß). - Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“. Von H. v. Elm. - Volkshausliche Univeritätsbewegung und Reform des höheren Bildungswesens. Von Otto Almedorf. - Berliner Theater. Von F. Rehring. - Notizen: Nochmals die Gliederkämpfer als Vermittler von Krankheiten. - Feuilleton: Heim. Von J. C. van der Burgh. Uebersetzung aus dem Dänischen von Francis Wro.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ (in Wochenheften à 10 %) veröffentlicht in ihrem dritten Jahrgang den spannenden Roman: „Die Töchter des Südens“. Jedes Heft bringt 24 Seiten Romanzeit mit Illustrationen und 2 Seiten kleines Feuilleton, sowie kulturhistorische und human-

istische Notizen unter der Rubrik „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“. Heft 9 und 10 enthalten im Kleinen Feuilleton zwei nobelstilistische Skizzen: „Der Roman einer Nacht“ und „Die alte Geschichte von Liebe und Verrath“. Wir machen unsere Leser auf diese billige und gute Romanbibliothek aufmerksam.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck' Verlag), ist uns soeben die Nr. 5 des 9. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Reaktionen Kurpfuschereien. - Aus der Bewegung. - Der gesetzliche Schutz der Fabrikarbeiterinnen in der Schweiz. Von E. J. - Feuilleton: „Der goldene Schlüssel“. Von Klara Müller. (Gedicht). - Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektion. - Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Gewerkschaftswesens. - Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. - Gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung. - Frauenbewegung.

Das Dresdener Buchhandlungsurtheil vor dem Reichstag. So bezieht sich eine Broschüre der Buchhandlung Vorwärts, welche die Reichstagsverhandlungen im Wortlaute bringt. Sie ist 5 Bogen stark und kostet 20 %. Unsere Kollegen werden gewiß - schon um den Dank der Obercharismacher König Stumm und Generalkaassammler Müller für die Verbreitung derer Neben zu erwerben - diese Broschüre massenhaft verbreiten.

Briefkasten.

- * Wir müssen wiederum unsere Kollegen dringend ersuchen, ihre Berichte mit Dinte zu schreiben, nicht zu lang auszudehnen und die eine Seite des Papiers unbeschrieben zu lassen. Noch immer wird diese Vorschrift außer Acht gelassen zum Aerger des Redakteurs und des Lesers.
* Wer kann uns die Fabrik mittheilen, welche patentirte Schweissfäden liefert? Wir bitten darum.
Stuttgart, J. D. Versammlungsberichte, die bereits 14 Tage alt sind, können wir in Anbetracht des Raummangels nicht mehr bringen.
Görlitz, C. T. Muß ein Irrthum sein, die betreffende Zeitung hat keinen Bericht gebracht.
Meißen, A. K. Wegen Diamanten wenden Sie sich an Otto Steinbeiß, Chemnitz, Friedrichstr. 21, 1. Et.
Koburg, W. J. Wenn nicht besondere Abmachungen getroffen sind, ist der Logiswirth für seinen Einlogirer nicht verantwortlich.
Bayreuth, W. St. Serrungssehnebladen liefert C. Arnoldi, Hamburg, Rathhausstr. 5.
Stößen, L. G. Kleine Motoren zum Treiben einer Drehbank liefert: Gasmotorenfabrik Deutz; Rud. Herrmann, Maschinenfabrik, Leipzig-Stötteritz; Gebr. Senger, Essen (Ruhr).

Central-Franken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (G. S. 3 in Hamburg.)

Fünfzehnte Generalversammlung.

Gemäß § 23 Ziffer 1 des Statuts beruft der Vorstand die nächste Generalversammlung zum kommenden Juli nach Nürnberg ein. Der genaue Termin wird den Mitgliedern später bekannt gegeben. Alles Nähere in Bezug auf Wahlen, Anträge u. s. wird den Ortsverwaltungen zeitig zugehen. Tagesordnung: 1. Bericht der Mandatsprüfungskommission. 2. Wahl des Bureau's. 3. Wahl einer Geschäftsordnungs-, einer Beschwerde- und einer Haushaltungskommission. 4. Berichterstattung derselben und Beschlußfassung über die Anträge derselben. 5. Geschäftsbericht des Ausschusses, des Vorsitzenden, des Hauptkassiers und des Schiedsgerichts. 6. Berathung und Beschlußfassung über die gestellten Anträge zum Statut. 7. Erledigung sonstiger zur Generalversammlung gestellter Anträge. 8. Festsetzung der Gehälter für die Beamten der Hauptkasse, der Vorstandsmitglieder und des Ausschusses. 9. Zusammenlegung und Wahl des Vorstandes und dessen Ersatzmänner; Wahl der Bureaubeamten; Wahl der Revisoren und Ersatzmänner für die Hauptkasse; Wahl des Sines des Ausschusses; Wahl des Ausschusses und dessen Ersatzmänner; Wahl der Mitglieder des Schiedsgerichts und deren Ersatzmänner. 10. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

- Vom 18. Februar bis 4. März wurden eingesandt: Albed 400, Hamburg 300, Neustadt a. d. S. 300, Unterköbzig 150, Nippes 150, Iversgehofen 100, Hoffheim 100, Griesheim 100, Niederwöllstadt 80, Hameln 95, Heuchelheim 80, Kahla 50, Ludenau 40, Freiburg i. Schl. 33, Summa M. 1978.
Vom 18. Februar bis 4. März erhielten Zuschuß: Berlin S. M. 839,10, Berlin E. 800, Berlin D. 600, Rixdorf 800, Fährth 500, Sohls 500, Münch.-Glabach 500, Berlin F. 400, Augsburg 400, Mundenheim 400, Dortmund 300, Egerfeld 300, Darmen 300, Halle 300, Köschelbröda 300, Mainz 300, Würzburg I 300, Würzburg II 300, Pöppel 350, Reuwid 200, Breitenbach 200, Kronach 200, Spanbau 200, Würzburg II 200, Wilmersdorf 200, Heddesheim 200, Alzenau 200, Pirna 200, Richtenberg 200, Gomburg v. S. 200, Pausdorf 150, Niederberg 150, Leipzig II 150, Volkmarndorf 150, Neuhofen 150, Köhheim 150, Grözingen 150, Dettlingen 150, Heilbronn 150, Wipoldshausen 150, Mchaffenburg 150, Münden 150, Gietz 150, Jehenhausen 150, Naumburg 100, Bielefeld 100, Striesen 100, Stenbal 100, Döffelberg 100, Meriburg 100, Rothendimold 100, Schnefeld 100, Wurzen 100, Wangen 100, Weithofen 100, Norheim 100, Pantow 100, Osterweddingen 100, Göttingen 100, Gaisburg 100, Schönau 100, Drebau 100, Finthen 100, Heibingsfeld 100, Großenritte 100, Mochau 100, Götze 100, Gumbelsheim 100, Jorckheim 100, Harleshausen 100, Stabe 100, Wandsbel 100, Plänker b. Gannz. 100, Pfaffenbuck 80, Krosdorf 85, Braunschweig 75, Kregichau 75, Münden 75, Schmiedefeld 75, Wehlheiden 70, Niederbach 70, Miesen 50, Bruchdorf 50, Leuchern 50, Fährth 50, Rosenheim 50, Falkenberg 50, Elgerzhäusen 50, Kalen 50, Delsnik 50, Nalci 50, Kl. Krogenburg 40, Siebenlehn 30. Summa: M. 17 164,10.
Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurde durch die Hauptkasse M. 1934,46 ausbezahlt.
L. Jacobs, Hauptkassier.

